

Geschäftsbericht 2013

Inhalt

Geschäftsbericht für das Jahr 2013	4
Lagebericht	5
Bericht des Verwaltungsrates	26
Jahresabschluss zum 31.12.2013	27
Anhang	31
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	54

Geschäftsbericht für das Jahr 2013

Sparkasse Neuss

Zweckverbandssparkasse des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst.

Träger ist der Sparkassenzweckverband des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst.

Die Sparkasse Neuss ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin/Bonn, angeschlossen.

Lagebericht 2013

Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse

Die Sparkasse Neuss – Zweckverbandssparkasse des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst – ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Im Geschäftsverkehr führt die Sparkasse die Kurzbezeichnung „Sparkasse Neuss“.

Sie ist regional verankert und ihre geschäftspolitische Grundausrichtung ist am Gemeinwohl orientiert. Vor dem Hintergrund ihres öffentlichen Auftrages sieht sich die Sparkasse Neuss als regionales Finanzdienstleistungsunternehmen und setzt deshalb den Schwerpunkt ihrer Geschäftstätigkeit in der heimischen Region.

- Deshalb ist und bleibt ein flächendeckender Vertrieb Mittelpunkt des Geschäftsmodells der Sparkasse Neuss.
- Deshalb unterstützt die Sparkasse Neuss Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaftskraft in der Region – insbesondere solche zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.
- Deshalb setzt die Sparkasse ihren wirtschaftlichen Erfolg zur Nutzenmaximierung für die heimische Region ein.

Ihre Zugehörigkeit zum Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe gewährleistet, dass die Sparkasse alle Verbindlichkeiten jederzeit vollständig erfüllen kann und bietet somit auch nach der Änderung der gesetzlichen Haftungsgrundlagen im Jahre 2005 ein Höchstmaß an Sicherheit für ihre Kunden.

Wirtschaftsbericht

Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland verlief trotz ungelöster Probleme im Euro-Wirtschaftsraum insgesamt positiv. Das reale Bruttoinlandprodukt erhöhte sich im Jahr 2013 um 0,4 % und lag damit leicht unter dem Wachstum des Vorjahres (0,7 %). Dies hing mit fehlenden Impulsen der Auslandsnachfrage im Zuge der andauernden Anpassungsprozesse im Euro-Raum sowie dem verhaltenen Wachstum in wichtigen anderen Industrie- und Schwellenländern zusammen, wodurch auch die Investitionsbereitschaft der heimischen Unternehmen gedämpft wurde. Wichtigster Wachstumsmotor für die deutsche Konjunktur war 2013 der Konsum der privaten Haushalte. Hierbei spielte der gute Zustand der deutschen Volkswirtschaft eine Rolle, der sich in der niedrigen Arbeitslosenquote, dem anhaltenden Beschäftigungswachstum und spürbaren Verdienstzuwächsen ausdrückte. Zudem wirkte das niedrige Zinsniveau im Kreditgeschäft förderlich.

Die Lebenshaltung verteuerte sich im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr um 1,5 %. Im Vorjahr betrug die Teuerungsrate noch 2,0 %. Während die Energiepreise 2013 vergleichsweise stabil blieben, verteuerten sich die Nahrungsmittelpreise teilweise erheblich. Bei Dienstleistungen und der Wohnungsnutzung war die Teuerungsrate auf dem Niveau der allgemeinen Teuerung.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte erhöhte sich im Jahresdurchschnitt um 2,1 % (Vorjahr: 2,3 %). Neben der Nutzung der freien Gelder zu Konsumzwecken stand die private finanzielle Vorsorge im Vordergrund. Die Sparquote betrug 10 % und lag damit unter dem Ergebnis des Vorjahres (10,3 %).

Der Arbeitsmarkt zeigte sich in Deutschland in einer stabilen Verfassung. Die fehlenden Impulse einer Auslandsnachfrage führten nicht zu einem nachhaltigen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Im Jahresdurchschnitt waren in Deutschland insgesamt 2,95 Mio. Menschen arbeitslos gemeldet. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote betrug damit 6,9 %.

Nach Auskunft der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein verlief das Jahr 2013 für die Wirtschaft im Rhein-Kreis Neuss zufriedenstellend. Demnach war die Stimmung in der Wirtschaft im Kreis laut IHK Umfrage gut, und die Industrieumsätze waren höher als im Vorjahr. Gut 83 % der Betriebe bezeichneten im Spätsommer die aktuelle Geschäftslage als gut oder befriedigend. Die Erwartungen der Betriebe für das Jahr 2014 weisen auf eine Konjunkturbelebung hin. Folglich nimmt der IHK-Geschäftsklimaindex mit 117 Punkten – Industrie mit 120 Punkten – einen Wert an, der deutlich über dem neutralen Niveau von 100 Punkten liegt. Auch der Arbeitsmarkt zeigte sich im Rhein-Kreis Neuss in einer guten Verfassung. Die Arbeitslosenquote betrug im November 6,4 %.

Im Jahr 2013 lagen die Zinsen am deutschen Kapitalmarkt weiterhin auf historisch niedrigem Niveau. Die Europäische Zentralbank reagierte auf die schwierigen europäischen und internationalen Rahmenbedingungen mit zwei Leitzinssenkungen. Im Mai und November 2013 reduzierte sie den Zins jeweils um 0,25 %-Punkte. Damit betrug der Leitzins zum Jahresende 0,25 %.

2013 war für die Sparkassen-Finanzgruppe ein insgesamt gutes Jahr. Die Sparkassen haben trotz des schwierigen Zinsumfeldes ordentliche Gewinne erwirtschaftet und ihre Substanz weiter gestärkt. In der privaten Immobilienfinanzierung konnten weitere Marktanteile gewonnen und die Kreditvergabe um mehr als fünf Prozent auf das beste Ergebnis der letzten Jahre gesteigert werden. Auch die Kundeneinlagen haben sich erhöht. Allerdings ging der Trend zinsbedingt klar zu kurzfristigen Einlagen.

Zur Stabilisierung des Finanzmarktes wurde mit Inkrafttreten des Restrukturierungsfondsgesetzes vom 9. Dezember 2010 ein Restrukturierungsfonds als Sondervermögen des Bundes errichtet. Aus dem Fonds sollen künftige Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen bei Banken finanziert werden. Die Mittel des Restrukturierungsfonds werden seit dem Jahr 2011 über Jahresbeiträge und ggf. Sonderbeiträge (die sogenannte Bankenabgabe) angesammelt. Für die Sparkasse Neuss betrug die Bankenabgabe für 2013 0,2 Mio. EUR.

Als Reaktion auf die Finanzkrise und in Erfüllung des G 20-Gipfels in Pittsburg im September 2009 veröffentlichte der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht am 16. Dezember 2010 das Rahmenwerk zu Basel III. Nachdem die EU-Kommission am 20. Juli 2011 ihren Gesetzesvorschlag vorgelegt hat, wurde der kombinierte Verordnungs- und Richtlinienvorschlag CRR/CRD IV (Capital Requirements Regulation/Capital Requirements Directive IV) am 27. Juni 2013 im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Damit wird das CRD IV-Paket (Basel III) ab dem 1. Januar 2014 zur Anwendung kommen. Kern des Rahmenwerks ist eine Verbesserung der Qualität und Quantität des bankaufsichtlichen Eigenkapitals der Banken, wobei Übergangsfristen zur schrittweisen Einführung bis 2019 vorgesehen sind. Die aktuelle Geschäftsentwicklung und die Prognosen für die kommenden Jahre deuten darauf hin, dass die Sparkasse Neuss auch die sich verschärfenden Eigenkapitalregelungen erfüllen kann. Für die neuen Liquiditätsanforderungen ist im Jahr 2014 noch eine Beobachtungsphase vorgesehen. Die Liquiditätsdeckungsanforderung (LCR) wird dann ab dem 01.01.2015 und die strukturelle Liquiditätsquote (NSFR) voraussichtlich ab dem 01.01.2018 verbindlich. Erste Proberechnungen zur LCR weisen auf eine deutliche Erfüllung der Kennzahl durch die Sparkasse Neuss hin. Zur NSFR liegen noch keine Berechnungen vor.

Geschäftsentwicklung

Gestützt auf das besondere Vertrauen der Menschen konnte die Sparkasse Neuss auch im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter wachsen und ihre führende Marktposition im Rhein-Kreis Neuss festigen. Die an die Kunden vergebenen Kredite erreichten ebenso einen neuen Höchststand wie die der Sparkasse anvertrauten Einlagen. Unsichere Konjunkturaussichten angesichts der anhaltenden Staatsschuldenkrise in Europa und den USA sorgten auch im abgelaufenen Geschäftsjahr für schwierige Rahmenbedingungen. Trotz eines weiterhin niedrigen Zinsniveaus konnte der Rückgang des Zinsüberschusses gestoppt und ein stabiler Jahresüberschuss ausgewiesen werden.

Insgesamt blickt die Sparkasse Neuss zufrieden auf das Jahr 2013 zurück und zieht ein positives Fazit: So ist es gelungen, die Planungen weitgehend umzusetzen, es wurden solide Ergebnisse erwirtschaftet und der öffentliche Auftrag wurde erfüllt.

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Durch die positive Entwicklung im Kundengeschäft stieg die Bilanzsumme im abgelaufenen Berichtsjahr von 6.090,8 Mio. EUR auf 6.159,6 Mio. EUR (+1,1 %). Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten) stieg zum Jahresende auf 6.242,5 Mio. EUR (Vorjahr: 6.165,5 Mio. EUR).

Kundenkredite

Unverändert zählt die Sparkasse zu den kreditintensivsten Sparkassen im Rheinland. Hohe Neuvaluierungen im Darlehensgeschäft mit privaten aber auch gewerblichen Kunden führten zu einer weiteren Steigerung der Gesamtausleihungen im Kundengeschäft. Unter Berücksichtigung von

Tilgungsrückflüssen in Höhe von 477,7 Mio. EUR stieg das Kundenkreditvolumen, bestehend aus Forderungen an Kunden, Treuhandkrediten, Wechseln und Eventualverbindlichkeiten um 86,1 Mio. EUR (+1,7 %) auf 5.076,9 Mio. EUR an. Die offenen Kreditzusagen lagen mit 193,3 Mio. EUR um 34,7 Mio. EUR unter dem Wert des Vorjahres.

Kundeneinlagen

Besonders gefragt waren vor dem Hintergrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus variable und liquide Anlageprodukte. Wesentlicher Grund für das gute Wachstum im Einlagengeschäft waren die sehr hohen Zuwächse bei den Geldmarktkonten im Privatkundengeschäft (+156,0 Mio. EUR). Rückläufig entwickelten sich Spareinlagen (-60,1 Mio. EUR), befristete Einlagen (-38,2 Mio. EUR) und Sparkassenbriefe (-35,6 Mio. EUR). Die Kundeneinlagen (ohne Refinanzierungsdarlehen) inklusive der Eigenemissionen der Sparkasse stiegen um 148,9 Mio. EUR (+3,5 %) auf 4.350,6 Mio. EUR.

Eigene Wertpapieranlagen

Zum Ausgleich der gestiegenen Kreditvergaben und auslaufenden Refinanzierungen wurde der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren leicht um 31,8 Mio. EUR auf 711,9 Mio. EUR zurückgefahren. Dabei handelt es sich um Wertpapiere der Liquiditätsreserve, die auch zur kurzfristigen Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zur Verfügung stehen. Der Bestand an anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ist mit 98,0 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Beteiligungen

Durch Anpassung bei den Wertansätzen verringerte sich der Buchwertansatz der Beteiligungen von 90,8 Mio. EUR auf 84,4 Mio. EUR.

Interbankengeschäft

Auf Grund des Wachstums der Kundeneinlagen wurden fällige Refinanzierungen nicht verlängert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gingen somit auf 1.255,6 Mio. EUR (Vorjahr 1.329,7 Mio. EUR) zurück. Durch den Abbau kurzfristiger Festgeldanlagen verringerten sich auch die Forderungen an Kreditinstitute von 46,1 Mio. EUR im Vorjahr auf 34,0 Mio. EUR.

Rücklagen

Die Rücklagen haben sich mit Zuführung aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres in Höhe von 1,8 Mio. EUR auf 371,5 Mio. EUR erhöht.

Ertragslage

Mit einem leicht über dem Vorjahr liegenden Bilanzgewinn von 5,9 Mio. EUR (Vorjahr 5,8 Mio. EUR) hat die Sparkasse erneut ein gutes Ergebnis erzielt. Die Erfolgskomponenten, die zu dem Bilanzgewinn führen, sind der Darstellung der Lage zu entnehmen.

Kundenwertpapiere

Das Umsatzvolumen stieg nach einem starken Rückgang in 2012 um 146,7 Mio. EUR auf 452,0 Mio. EUR an, dabei überwogen aber die Verkäufe. Während im Vorjahr sich Käufe und Verkäufe fast die Waage hielten (-2,2 Mio. EUR), ergab sich im Berichtsjahr ein negativer Saldo von -45,8 Mio. EUR. Verkauft wurden von den Kunden vornehmlich festverzinsliche Wertpapiere. Der Nettoabsatz in diesen Segmenten betrug -24,4 Mio. EUR (Vorjahr +4,3 Mio. EUR). Der Bestand an Investmentfonds verzeichnete einen Rückgang in Höhe von 10,8 Mio. EUR (Vorjahr -5,7 Mio. EUR) bei Aktien ergab sich ein Rückgang in Höhe von 10,6 Mio. EUR (Vorjahr -0,7 Mio. EUR).

Verbundgeschäft

Erfreulich entwickelte sich vor allem das Volumen der neu vermittelten Bausparverträge der Landesbausparkasse (LBS). Es stieg von 102,6 Mio. EUR im Vorjahr auf 107,1 Mio. EUR. Weniger gefragt waren Lebensversicherungen unseres Verbundpartners Provinzial Rheinland Versicherungen. Hier lag das vermittelte Volumen mit 29,1 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert (34,2 Mio. EUR).

Zuwächse konnte die Sparkasse im abgelaufenen Geschäftsjahr in Zusammenarbeit mit der LBS auch im Immobiliengeschäft verzeichnen. Mit einem vermittelten Objektvolumen in Höhe von 36,0 Mio. EUR wurde das gute Ergebnis des Vorjahres (31,0 Mio. EUR) übertroffen. Insgesamt fanden 155 Objekte durch die Vermittlung der Sparkasse neue Eigentümer.

Rückwirkende Betrachtung der getroffenen Annahmen für 2013

Das Geschäftsergebnis entspricht weitgehend den für das Jahr 2013 getroffenen Annahmen zur voraussichtlichen Geschäftsentwicklung.

Auf Grund des doch stärker als erwarteten Anstiegs der Kundeneinlagen ist auch die durchschnittliche Bilanzsumme geringfügig gestiegen (+0,4 %) und nicht wie erwartet geringfügig gesunken (-0,1 %).

Der Zinsüberschuss entwickelte sich geringfügig besser als prognostiziert (Steigerung gemäß Prognose +1,4 % / Ergebnis 2013 +1,6 %). Deutlich positiver als geplant entwickelten sich die Sachkosten (Anstieg gemäß Prognose um +7,0 % / Ergebnis 2013 +0,7 %) und Personalkosten (Anstieg gemäß Prognose um +2,3 % / Ergebnis 2013 +0,2 %). Geringer als geplant fiel der Provisionsüberschuss aus (Anstieg gemäß Prognose um +5,0 % / Ergebnis 2013 +2,1 %).

Deutlich positiver als geplant entwickelte sich das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft (Planung - 14,7 Mio. EUR / Ergebnis 2013 -6,2 Mio. EUR). Durch die Abschreibung auf die Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG lag das Bewertungsergebnis insgesamt aber nur leicht (-1,1 Mio. EUR) unter der Planung. Die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken fiel erwartungsgemäß geringer aus, als im Vorjahr.

Darstellung der Analyse und Lage

Ertragslage

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte die Sparkasse Neuss ihre gute Entwicklung weiter fortsetzen. Der Jahresüberschuss nach Steuern betrug 5,9 Mio. EUR.

In der nachstehenden Tabelle ist das Ergebnis des Jahres 2013 mit den absoluten und relativen Abweichungen zum Vorjahresergebnis dargestellt.

	Ergebnis 31.12.2013 in Mio. EUR	Ergebnis 31.12.2012 in Mio. EUR	Veränderung 2013 in Mio. EUR	Veränderung 2013 in %
Zinsüberschuss (GuV 1, 2, 3)	123,4	120,9	2,5	2,1
Provisionsüberschuss (GuV 5, 6)	33,9	33,1	0,8	2,4
Nettoergebnis des Handelsbestands (GuV 7)	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen (GuV 8, 9, 12, 24)	-3,5	-3,2	-0,3	9,4
Summe aller Überschüsse im operativen Geschäft	153,8	150,8	3,0	2,0
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen (GuV 10)	-102,3	-100,0	-2,3	2,3
<i>davon:</i>				
<i>Personalaufwand</i>	-72,0	-70,1	-1,9	2,7
<i>Andere Verwaltungsaufwendungen</i>	-30,3	-29,9	-0,4	1,3
Sachaufwendungen (GuV 11)	-6,7	-7,3	0,6	-8,2
Bewertungsergebnis (GuV 13, 14, 15, 16)	-14,8	-5,5	-9,3	169,1
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken (GuV 18)	-11,4	-19,9	8,5	-42,7
Außerordentliches Ergebnis (GuV 20, 21)	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresüberschuss vor Steuern	18,6	18,1	0,5	2,8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (GuV 23)	-12,7	-12,3	-0,4	3,3
Jahresüberschuss nach Steuern	5,9	5,8	0,1	1,7

Auf weiterhin niedrigem Zinsniveau konnte im Berichtsjahr der Zinsüberschuss gegenüber dem Vorjahr leicht um 2,5 Mio. EUR (+2,1 %) auf 123,4 Mio. EUR gesteigert werden. Die Zinsspanne stieg leicht auf 1,97 % der Durchschnittsbilanzsumme an (Vorjahr 1,94 %). Der Anteil des Zinsüberschusses am Gesamtertrag aus dem operativen Geschäft betrug wie im Vorjahr 80,2 %.

Aufgrund steigender Erträge aus dem Wertpapiergeschäft mit Kunden erhöhte sich der Provisionsüberschuss um 0,8 Mio. EUR auf 33,9 Mio. EUR. Der Anteil am Gesamtertrag aus dem operativen Geschäft blieb nahezu unverändert bei 22,0 %.

Die sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen weisen, insbesondere auf Grund einer im Berichtsjahr gebildeten Rückstellung für die Übernahme von Zinszahlungen an den DSGVO ö. K. aus der Finanzierung des Kaufpreises der Anteile an der LBBH, einen negativen Saldo von -3,5 Mio. EUR (Vorjahr -3,2 Mio. EUR) auf.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Mio. EUR auf 102,3 Mio. EUR erhöht. Dabei stieg der Personalaufwand u. a. bedingt durch Tarifierhöhungen um 1,9 Mio. EUR (+2,7 %) auf 72,0 Mio. EUR. Die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen von 29,9 Mio. EUR im Vorjahr auf 30,3 Mio. EUR.

Die Sachaufwendungen, bestehend aus Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte, haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mio. EUR (-8,2 %) auf 6,7 Mio. EUR verringert.

Mit -14,8 Mio. EUR lag der Saldo des Bewertungsergebnisses im Berichtsjahr deutlich über dem Wert des Vorjahres (-5,5 Mio. EUR). Ausschlaggebend hierfür war die Abschreibung auf die Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG. Aber auch die Belastungen aus dem Kreditgeschäft lagen mit -6,2 Mio. EUR über dem Vorjahreswert von -3,9 Mio. EUR.

Insgesamt wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken 11,4 Mio. EUR (Vorjahr: 19,9 Mio. EUR) zugeführt. Darin enthalten sind, wie im Vorjahr, 3,1 Mio. EUR als Vorsorge für das Risiko der Inanspruchnahme aus einer indirekten Verpflichtung für die ehemalige WestLB AG. Weitere Erläuterungen sind dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen.

Aus einem gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig höherem zu versteuernden Einkommen ergaben sich für das Berichtsjahr Steueraufwendungen von 12,7 Mio. EUR (Vorjahr: 12,3 Mio. EUR).

Die Cost-Income-Ratio (CIR), eine betriebswirtschaftliche Kennzahl, die das Verhältnis der Aufwendungen zu den Erträgen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beschreibt, betrug zum Jahresultimo 2013 70,2 % (Vorjahr: 71,0 %).

Über die Verwendung des Bilanzgewinns von 5,9 Mio. EUR (Vorjahr: 5,8 Mio. EUR) entscheidet die Vertretung des Trägers gemäß § 25 Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen.

Finanzlage

Die Verordnung über die Liquidität der Institute und die Mindestreservebestimmungen wurde stets eingehalten.

Die ermittelte Liquiditätskennzahl lag im Berichtsjahr bei einer Bandbreite zwischen 2,3 und 2,7 deutlich über dem vorgeschriebenen Mindestwert von 1,0. Zum Berichtsstichtag lag die Liquiditätskennziffer bei 2,7 (Vorjahr: 2,4).

Von den Kreditlinien bei der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale und der Deutschen Bundesbank wurde lediglich der Kredit bei der eigenen Girozentrale im Rahmen der Tagesdisposition gelegentlich in Anspruch genommen. Von der Möglichkeit, mit der Deutschen Bundesbank Offenmarktgeschäfte abzuschließen, hat die Sparkasse im Berichtsjahr keinen Gebrauch gemacht.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse Neuss aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gewährleistet war.

Vermögenslage

Die Sicherheitsrücklage der Sparkasse beläuft sich, vor möglichen Zuführungen aus dem Jahresüberschuss, auf 371,5 Mio. EUR. Dies entspricht 6,0 % der Bilanzsumme. Darüber hinaus enthält der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB, neben der Vorsorge für das Risiko der Inanspruchnahme aus einer indirekten Verpflichtung für die ehemalige WestLB AG, weitere 75,1 Mio. EUR (Vorjahr: 66,8 Mio. EUR) Kernkapitalbestandteile.

Das Verhältnis des aus der Sicherheitsrücklage und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB bestehenden Kernkapitals zu den anrechnungspflichtigen Positionen gemäß Solvabilitätsverordnung (Kernkapitalquote) beträgt zum Jahresende 11,6 % (Vorjahr 11,3 %). Neben der Sicherheitsrücklage und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB verfügt die Sparkasse über weitere ergänzende Eigenmittelbestandteile.

Das Verhältnis des haftenden Eigenkapitals (Kern- und Ergänzungskapital) bezogen auf die Summe der anrechnungspflichtigen Positionen (Eigenkapitalquote) überschreitet zum Jahresende 2013 mit 13,8 % deutlich den von der Bankenaufsicht vorgeschriebenen Mindestwert von 8 %. Im Jahresverlauf bewegte sich diese Quote in einem Korridor von 13,2 % bis 13,8 %.

Diese Kennziffer eröffnet der Sparkasse Neuss, gemessen an den gesetzlichen Vorschriften des KWG (Kreditwesengesetz) und der SolvV (Verordnung über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Instituten), ausreichende Spielräume, ihr aktuelles Kreditgeschäft auch über die Zuwachsraten der vergangenen Jahre hinaus ausweiten zu können.

Personal- und Sozialbereich

Zum Jahresende 2013 beschäftigte die Sparkasse Neuss 1.142 (Vorjahr: 1.136) bankspezifisch tätige Mitarbeiter, davon 834 Vollzeit- und 308 Teilzeitkräfte. Des Weiteren waren 17 nichtbankspezifisch eingesetzte Mitarbeiter für die Sparkasse tätig.

Darüber hinaus wurden 88 (Vorjahr: 91) Auszubildende zur Bankkauffrau oder zum Bankkaufmann ausgebildet. Alleine im Berichtsjahr haben 28 junge Menschen (Vorjahr: 27) ihre Berufsausbildung bei der Sparkasse Neuss begonnen.

Einen hohen Stellenwert räumt die Sparkasse nach wie vor der gezielten Förderung der persönlichen und fachlichen Entwicklung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein.

Engagement für die Region

In Anbetracht ihres öffentlichen Auftrages und ihrer führenden Marktstellung hat die Sparkasse Neuss auch im vergangenen Geschäftsjahr wieder vielfältig zur Verbesserung der Lebensqualität in der Region beigetragen.

Mit einem Spendenvolumen von 1,3 Mio. EUR wurden erneut zahlreiche lokale Projekte im sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen und sportlichen Bereich gefördert.

Die 7 Stiftungen der Sparkasse, mit einem Stiftungskapital von insgesamt 29,5 Mio. EUR, schütteten im vergangenen Jahr 0,9 Mio. EUR für die jeweiligen Stiftungszwecke aus. Zu den herausragenden Aktionen des Jahres 2013 zählten das mit Hilfe der eigenen Auszubildenden errichtete neue Spielplatzgelände in Rommerskirchen, das internationale Shakespeare-Festival im Neusser Globe Theater und der Skulpturenpfad Nordpark, das Niederrheinische Musikfestival auf Schloss Dyck, der City Lauf in Korschenbroich, die Sanierung der Brunnenlandschaft in Büttgen und verschiedene Schulprojekte zur Förderung von Kultur, Geschichte und naturwissenschaftlichem Nachwuchs im gesamten Kreisgebiet.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht bekannt.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagementziele

Die bewusste Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken gehören zu den Kernfunktionen von Kreditinstituten. Als wesentliche Risiken der Sparkasse sind hierbei Adressenrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken, Operationelle Risiken und Risiken aus Beteiligungen zu sehen. Ziel des Risikomanagements in der Sparkasse Neuss ist es, die Risiken transparent und dadurch steuerbar zu machen. Darüber hinaus ist die Erfüllung gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Anforderungen zu gewährleisten.

Risikomanagementsystem

Zur Risikoerkennung, Risikobewertung, Risikomessung, für das Risikoreporting, zur Risikosteuerung und Risikokontrolle verfügt die Sparkasse über ein umfangreiches Risikomanagement- und -controllingsystem. Dabei werden die Risiken sowohl perioden-/ertrags- als auch vermögensorientiert betrachtet.

Die Risiken werden auf ein Maß begrenzt, das der Sparkasse ermöglicht, Ertragschancen wahrzunehmen, ohne die finanziellen Ressourcen unangemessen zu belasten.

Zur Anpassung der Risikotragfähigkeit an die neuen MaRisk (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) und an die Prüfungspraxis wurde die periodische Risikotragfähigkeit im Jahr 2013 auf Basis des DSGVO- / S-RTF-Konzepts umfassend überarbeitet.

Dadurch wird sichergestellt, dass das Gesamtbankrisiko der Sparkasse Neuss durch das vorhandene Risikokapital (= Risikodeckungsmasse) abgedeckt wird. Hierbei legt die Sparkasse unter Berücksichtigung der Ertragskraft, des Vermögens und der Risikobereitschaft Limite für die verschiedenen Risiken fest. Es wird eine duale Strategie verfolgt, Risiken sowohl periodisch als auch vermögensorientiert zu limitieren. Die periodische Sichtweise dient zur primären Sicherstellung der Risikotragfähigkeit und die vermögensorientierte Sichtweise wird hierzu als Ergänzung verstanden. Die periodische Sichtweise wird auch deswegen vorrangig betrachtet, weil hieraus die Überleitung zur

aufsichtsrechtlichen Sichtweise möglich ist. Diversifikationseffekte zwischen den verschiedenen Risikoarten werden nicht berücksichtigt; die Risiken werden kumulativ behandelt. Diversifikationseffekte innerhalb der Risikoarten werden insoweit berücksichtigt, als dass diese Bestandteile der Modelle und Verfahren der Risikomessung sind.

Ausgehend vom ermittelten Risikodeckungspotenzial und der Risikoquantifizierung wurde im Jahr 2013 das Gesamtlimit für die periodische Sichtweise vor dem Hintergrund der umfassenden Überarbeitung gegenüber dem Vorjahr um 30,9 % angehoben. Insgesamt wurden 81,8 % des verwendbaren Risikodeckungspotenzials für die Limitierung eingesetzt.

In der vermögensorientierten Sichtweise betrug der Anteil für die Limitierung 50,6 % des verwendbaren Risikodeckungspotenzials. Hier ist das Gesamtlimit um 7,0 % erhöht worden.

Die größten Anteile am Gesamtlimit wurden in der periodischen Sichtweise für Risiken aus Beteiligungen (39,9 %), dem Zinsspannenrisiko (28,5 %) und dem Bewertungsrisiko Kredit (18,5 %) vorgehalten. Hier wurde insbesondere das Limit für Risiken aus Beteiligungen deutlich erhöht. In der vermögensorientierten Sichtweise wurden die größten Anteile des Gesamtlimits den Marktpreisrisiken (51,9 %) sowie den Adressenrisiken und Risiken aus Beteiligungen (18,3 % bzw. 20,6 %) zugeteilt. Durch eine zusätzliche Berücksichtigung von Spreadrisiken wurden die Marktpreisrisiken deutlich erhöht. Das Risikolimit für Adressenrisiken wurde dagegen merklich reduziert. Das Limit für Risiken aus Beteiligungen ist analog zu der periodischen Limitierung angepasst worden.

Über alle strategischen Ziele einschließlich der Risikotragfähigkeit und der Einhaltung der Limite wird vierteljährlich im Gesamtrisikobericht berichtet. Der Gesamtrisikobericht gibt einen kompakten Überblick über die Gesamtrisikosituation der Sparkasse Neuss auf Basis der Ausführungen gemäß Risikohandbuch. Anhand der Risikolimitierung, der Limit-Auslastung und der Auslastung im Vorquartal wird das Risiko in den einzelnen Risikokategorien aufgezeigt. Die Zahlen werden ergänzt um eine verbale Erläuterung, in der Besonderheiten oder größere Veränderungen zum Vorquartal ausführlicher dargestellt und bewertet werden. Der Gesamtrisikobericht enthält auch eine Abweichungsanalyse zu den formulierten strategischen Zielen. Die Berichterstattung erfolgt im Rahmen der Erörterung der Ertrags- und Risikolage an den Internen Risikoausschuss sowie den Externen Risikoausschuss. Der Interne Risikoausschuss setzt sich aus dem Gesamtvorstand und weiteren Fachverantwortlichen des Hauses zusammen. Der Externe Risikoausschuss ist ein Ausschuss des Verwaltungsrates nach § 15 Abs. 3 Sparkassengesetz. Der Vorsitzende des Risikoausschusses informiert im Anschluss den gesamten Verwaltungsrat über die Risikolage.

Ergibt sich im Zuge der Berichterstattung die Notwendigkeit, Maßnahmen zu ergreifen, so werden diese in der Gremiensitzung des Internen Risikoausschusses erörtert und zur Entscheidung durch den Vorstand vorbereitet.

Für den Fall, dass im Vorfeld der Gremiensitzungen Verletzungen strategischer Zielsetzungen eintreten, ist ein Prozess zur Ad hoc-Meldung eingerichtet.

In der Sparkasse ist ein Notfallkonzept eingerichtet, in dem Notfallszenarien und Gegensteuerungsmaßnahmen bei Ausfall von kritischen Prozessen formuliert werden. Mögliche

Notfallszenarien sind Personalausfall, Gebäudeausfall durch Elementarschäden oder IT- und Kommunikationsausfall. Die im Notfallkonzept genannten Gegensteuerungsmaßnahmen sollen dazu beitragen, das Ausmaß möglicher Schäden zu reduzieren. Schnelle und effiziente Maßnahmen können helfen, Geschäftsunterbrechungen im Voraus zu vermeiden oder im Notfall zumindest die Weiterführung der unternehmensrelevanten Prozesse zu gewährleisten.

Zur Informationstechnologie (IT) und zur technisch-organisatorischen Ausstattung werden in den MaRisk besondere Anforderungen gestellt. Um u. a. die Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen zu gewährleisten, hat die Sparkasse strategische Aussagen zur Informationstechnologie formuliert. Die IT-Strategie wird jährlich überprüft und bei Bedarf aktualisiert. So sind regelmäßige Notfallübungen vorgesehen, damit auch bei (Teil-) Ausfall von IT-Komponenten ein störungsfreier Geschäftsablauf sichergestellt ist.

Seit der zweiten MaRisk-Novelle erfolgt die Durchführung geeigneter Stresstests, um die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber Extremsituationen zu analysieren. Der Aufbau der gewählten Stresstests gliedert sich in die Bereiche Sensitivitätsanalysen, historische Szenarien, hypothetische Szenarien sowie inverse Stresstests. Für das Jahr 2014 wird die Berechnungsmethodik und Ergebnisdarstellung an die Rahmenbedingungen der Risikotragfähigkeitsberechnung angeglichen.

Die nach den MaRisk erforderliche Funktionstrennung zwischen Risikosteuerung und -überwachung wird durch die Aufbauorganisation der Sparkasse gewährleistet. Die Aufgaben der Risikosteuerung sind im Wesentlichen im Kreditgeschäft dem „Markt“ und für die Finanzgeschäfte der Organisationseinheit „Eigenanlagen“ zugeordnet. Die Risikoüberwachung wird durch den Bereich „Controlling“ und die Abteilung „Kreditorganisation“ wahrgenommen. Die Interne Revision prüft nach risikoorientierten Grundsätzen die Anwendung, Funktionsfähigkeit, Wirksamkeit und Angemessenheit der Risikomanagement-, Risikocontrolling- und Informationssysteme sowie des Berichtswesens.

Die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben werden erfüllt.

Methoden zur Absicherung und Steuerung

Die Risikosteuerung im Zinsbuch erfolgt durch eine angemessene Strukturierung der Aktiva und der Passiva. Die Steuerungsmaßnahmen zur Annäherung an die Risiko-/Ertragsposition der angestrebten Benchmark im Zinsbuch werden durch bilanziell wirksame Eigenhandelsgeschäfte und Zinsswaps durchgeführt. Im Rahmen des Risikomanagements eingegangene Sicherungsbeziehungen, die die Voraussetzungen des § 254 HGB erfüllen, werden auch für bilanzielle Zwecke als Sicherungsbeziehung (Bewertungseinheit) behandelt. Hierbei handelt es sich um einen Zinsswap zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken im Darlehensgeschäft. Daneben werden Devisentermin- und Devisenoptionsgeschäfte mit Kunden abgeschlossen und durch betrags- und fristenkongruente Gegengeschäfte abgesichert.

Eine Übersicht der derivativen Finanzinstrumente ist dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen.

Weitere Angaben zu den wesentlichen Risikokategorien

Adressenrisiken bergen die Gefahr eines Verlustes oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners. Daneben betrachtet die Sparkasse die Adressenrisiken auch unter dem Aspekt der Bonitätsverschlechterung /-verbesserung des Geschäftspartners.

Dazu legt die Sparkasse im Rahmen einer jährlich zu überprüfenden Geschäfts- und Risikostrategie strukturelle Ziele und Vorgaben für das Kreditgeschäft (Kundenkreditgeschäft / Eigenanlagen / Beteiligungen) fest.

Bei den Eigenanlagen wird das Adressenrisiko durch die sorgfältige Auswahl unserer Vertragspartner sowie durch Limite je Partner begrenzt. Ein Engagement in Anleihen von Emittenten aus wirtschaftlich schwachen Staaten des Euro Währungsraums besteht nicht. Die Analyse der Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft erfolgt mit einer risikobewussten Kreditwürdigkeitsprüfung und durch den Einsatz von Risikoklassifizierungsverfahren (Rating und Scoring) der S-Rating- und Risikosysteme GmbH, einer 100 %-Tochter des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Darüber hinaus wird das OSPlus-Frühwarnsystem der Finanz-Informatik, basierend auf dem Fachkonzept „Organisation und Gestaltung der Prozesse zur Früherkennung von Kreditrisiken“ des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes genutzt.

Unser Kreditportfolio in Höhe von 7.318 Mio. EUR, bestehend aus dem Gesamtkreditvolumen und offenen Kreditlinien, setzt sich aus Ausleihungen an Firmenkunden (44,1 %), Privatkunden (35,5 %) und öffentlichen Haushalten (6,7 %) sowie zu 13,7 % aus Eigenanlagen und Forderungen an Kreditinstitute zusammen.

In der Betrachtung nach Branchen im Firmenkundenportfolio liegt mit 53,5 % der Schwerpunkt auf Branchen der Dienstleistungsbetriebe und freien Berufe. Auf den Handel und das Baugewerbe entfallen 17,1 % bzw. 7,6 %.

Unser gesamtes Kundenkreditgeschäft ist zu 98,4 % geratet bzw. gescored. 73,8 % des Kreditvolumens fällt in die guten bis sehr guten Rating-/ Scoringklassen 1 bis 8. In den mittleren und schlechteren Rating-/ Scoringklassen 9 bis 15 befinden sind 23,8 % des Kreditvolumens und 0,8 % werden mit den Ratingnoten 16 und 17 (Ausfallklassen) bewertet.

In der Sparkasse ist ein von der Sparkassenorganisation entwickeltes Adressenrisikomanagement und -controllingsystem – bestehend aus RAP (Risk Adjusted Pricing) und CPV (Credit Portfolio View – Barwert- und Periodikmodul) – im Einsatz. Dies ermöglicht der Sparkasse eine rating- und sicherheitsgestützte Preisbildung im Kreditgeschäft, eine Value-at-Risk basierte Risikoquantifizierung sowie eine portfolioorientierte Steuerung nach Risiko-Ertrags-Gesichtspunkten.

In der periodischen Risikotragfähigkeitsberechnung der Adressenrisiken im Kundengeschäft wird der Risikofall über das CPV-Periodikmodul ermittelt. Die Berechnungen erfolgen auf Basis einer Haltedauer von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 95 %. Die Adressenrisiken der Eigenanlagen werden aufgrund ihrer durchweg erstklassigen Bonität von ihrem Risikogehalt her als sehr niedrig eingeschätzt. Bonitätsänderungen werden über die Abbildung von Spreadrisiken berücksichtigt.

Auf Portfolioebene wird das wertorientierte Adressenrisiko auf Basis der Bonitäten, Branchen, Kreditarten, Größenklassen und der Besicherung ermittelt. Aufgrund einer nahezu 100%-igen Rating- bzw. Scoring-Durchdringung des Kundenkreditbestandes ist die Risikomessung nach Kreditarten zuletzt in den Hintergrund getreten. Die Bonitäten werden anhand von Ausfallwahrscheinlichkeiten, die Besicherung der Kundenengagements anhand historischer Einbringungs- und Verwertungsquoten beurteilt.

In die vermögensorientierten Portfoliobetrachtung fließen neben dem Kundenkreditgeschäft und den Forderungen gegenüber Kreditinstituten die Wertpapierbestände einschl. der Spezialfonds (Transparenzprinzip) ein. Das Risiko des Gesamt-Kreditportfolios – heruntergebrochen bis auf die Geschäftsbereiche – wird auf Einjahressicht als barwertiger erwarteter Verlust sowie darüber hinausgehend als unerwarteter Verlust gemessen. Im Rahmen der vermögensorientierten Risikotragfähigkeit wird der unerwartete Verlust auf Einjahressicht bei einem Konfidenzniveau von 99 % limitiert.

Risikokonzentrationen zur Steuerung des Adressenrisikos werden differenziert betrachtet. So werden zum einen im Konzept zur Ertrags- und Risikosteuerung jährlich zu den Adressenrisiken Kundengeschäft und Eigenanlagen Größenklassen-, Branchen-, Rating-, Länder-, Sicherheiten- und regionale Konzentrationen untersucht. Die Größenklassen-, Branchen- und Rating-Konzentrationen werden zusätzlich im Rahmen der vierteljährlichen Kredit- und Gesamtrisikoberichterstattung ermittelt.

Die Berechnungen zum Adressenrisiko fließen in den vierteljährlichen Kreditrisikobericht und Gesamtrisikobericht ein. Im Kreditrisikobericht werden wesentliche Strukturmerkmale des Kreditportfolios sowie deren zeitliche Entwicklung aufgezeigt. Zudem werden Kreditrisiken auf Basis operativer Daten, Größenkonzentrationen sowie Branchen-/Ratingkonzentrationen im Kreditportfolio und die Entwicklung der Risikovorsorge dargestellt und geprüft. Bei Auffälligkeiten werden Handlungsempfehlungen, z. B. zur Risikoreduzierung, abgeleitet. Im Jahr 2013 ergaben sich keine konkreten Handlungsempfehlungen.

Die Sparkasse verfügt über Steuerungsinstrumente, um frühzeitig Adressenausfallrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, zu steuern, zu bewerten und im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen) abzusichern. Die Kreditengagements werden im Rahmen der Risikofrüherkennung regelmäßig dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf besteht. Die Bildung einer Risikovorsorge orientiert sich an der Wahrscheinlichkeit, mit der der Kreditnehmer seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Basis hierfür ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und das Zahlungsverhalten des Kunden. Um einschätzen zu können, in welcher Höhe Zahlungen nach Eintritt von Leistungsstörungen noch erwartet werden können, erfolgt zur Bestimmung der EWB-Höhe eine Bewertung jeder Sicherheit zu ihrem wahrscheinlichen Realisationswert. Die Erfassung, Fortschreibung und Auflösung der Risikovorsorge erfolgt bei der Sparkasse in dem zentralen System Abit-Net. Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen Vorsorgen für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB.

Die Limitauslastung für das Adressenrisiko wurde im Berichtsjahr sowohl perioden- als auch vermögensorientiert jederzeit eingehalten. Neben der Limitierung in der Risikotragfähigkeitsberechnung werden zur Risikosteuerung in der Strategie u. a. Mindestanforderungen an externe Ratingnoten und Obergrenzen für Einzelgeschäfte festgelegt.

Periodisch ist wie im Vorjahr kein unerwartetes Kreditrisiko aufgetreten. Für die kommenden Jahre werden moderate Adressenausfallrisiken zum Planansatz erwartet. Das Bewertungsergebnis Kredit konnte in den letzten Jahren unter dem Planwert gehalten werden. In der vermögensorientierten Ermittlung des Adressenrisikos ist die Risikohöhe seit mehreren Jahren aufgrund der ausgewogenen Portfolio- und Ratingstruktur stabil. Hier werden künftig nur maßvolle Veränderungen erwartet.

Die Adressenrisiken gehören zu den bedeutendsten Risiken der Sparkasse. Die Qualität der Portfoliostruktur und die Risikolage bei den Adressenrisiken sind auch vor dem Hintergrund der aktuellen Konjunkturlage sehr ausgewogen. Das Kreditportfolio der Sparkasse Neuss weist im Berichtsjahr einen Rückgang von -1,0 %-Punkten auf. Die Größenkonzentration wird als durchschnittlich bewertet. Unternehmensbezogen besteht weiterhin eine Konzentration in Branchen, die im weiteren Sinne mit dem Bauwesen in Zusammenhang stehen. Die für diese Konzentration maßgeblichen Kreditengagements unterliegen einer besonderen Betreuung und einer laufenden Beobachtung. Hier konnte im Berichtsjahr ein Rückgang der Konzentration festgestellt werden.

Vor dem Hintergrund eines gut diversifizierten Kreditportfolios und der strategischen Ausrichtung im Kundenkreditgeschäft wird auch in Zukunft nicht mit außergewöhnlich hohen Kreditausfällen gerechnet.

Marktpreisrisiken periodisch

Die **Marktpreisrisiken** werden in der **periodischen Risikotragfähigkeitskonzeption** in Zinsspannenrisiko (darunter das Zinsänderungs- und Absatzrisiko), in Bewertungsergebnis Wertpapiere, Immobilien-, Aktienkurs-, Währungs- und Optionsrisiko unterschieden. Die dominierenden Risiken sind das Zinsänderungsrisiko und das Bewertungsrisiko Wertpapiere und in geringem Maße das Immobilienrisiko. Daher sind diese Risiken mit Limiten unterlegt. Aufgrund der individuellen Struktur unseres Hauses beinhalten die weiteren Marktpreisrisiken keinen oder kaum Risikogehalt.

Das **Zinsspannenrisiko** wird als unerwartete negative Abweichung von einem geplanten Zinsüberschuss verstanden. Das Zinsänderungsrisiko wird in dieser Betrachtung über mehrere Szenariorechnungen mit einem Konfidenzniveau von 95 % gerechnet. Das ungünstigste Szenario stellt das Risikoszenario dar und wird auf das Limit angerechnet.

Das **Bewertungsergebnis Wertpapiere** wird unterschiedlich gemessen. Im Rahmen der Risikotragfähigkeit wird die Abweichung des Bewertungsergebnisses Wertpapiere vom Wert aus der Jahresplanung (Erwartungswert) betrachtet. Der Risikofall wird auf Basis unterschiedlicher historischer Zins- und Spreadveränderungen mit einem Konfidenzniveau von 95 % berechnet.

Die Limite konnten im Berichtsjahr eingehalten werden.

Marktpreisrisiken vermögensorientiert

In der ergänzenden vermögensorientierten Risikotragfähigkeit wird nach Zinsänderungsrisiken im Zinsbuch, Spreadrisiken (Eigenanlagen und Spezialfonds), Aktien/Investmentzertifikate und Handelsbuch unterschieden. Die Zinsänderungs- und Spreadrisiken dominieren das Marktpreisrisiko und sind mit entsprechend hohen Limiten unterlegt.

Bei der Messung der **Zinsänderungsrisiken** des gesamten zinstragenden Geschäftes verfolgt die Sparkasse Neuss eine vermögensorientierte und passive Steuerung des Zinsbuches. Das Zinsänderungsrisiko wird durch die gewählte Benchmark sowie über ein vermögensorientiertes Risikolimit limitiert. Der Cash-Flow des Zinsbuches, d. h. aller zinsabhängigen Positionen, inklusive Spezialfonds, wird monatlich aufbereitet. Zur Ermittlung, Steuerung und Überwachung der Zinsänderungsrisiken nutzt die Sparkasse ein Value-at-Risk-Verfahren (Moderne Historische Simulation) mit einer Haltedauer von drei Monaten und einem Konfidenzniveau von 99 %. Monatlich werden die Ergebnisse der Geschäftsleitung und den Fachbereichen in einem besonderen Gremium vorgestellt. Notwendige Steuerungsmaßnahmen werden diskutiert und von der Geschäftsleitung entschieden. Das Marktpreisrisiko – und hier insbesondere das Zinsänderungsrisiko – stellt neben dem Adressenrisiko ein wesentliches Risiko der Sparkasse dar.

Die vorgegebenen Limite wurden im Berichtsjahr eingehalten. Der BaFin-Zinsrisikokoeffizient bewegte sich im Laufe des Jahres zwischen 19,0 % und 21,1 %.

Die Mischungsverhältnisse für alle variabel verzinslichen Produkte der Sparkasse werden einmal jährlich auf Ihre zukünftige Gültigkeit hin überprüft. Historische Kundenzinssätze der einzelnen Produkte auf Monatsbasis von 1997 bis zum aktuellen Monat bilden die Datengrundlage. Sie werden zusammen mit den historischen Kapitalmarktzinssätzen, den Bruttomargen und den aktuellen Mischungsverhältnissen in dem Programm ICPProfitView erfasst. Zusätzlich müssen verschiedene Zinsszenarien oder Zinsprognosen für die zukünftige Zinsentwicklung hinterlegt werden. Daraus ermittelt die Software die historischen und zukünftigen Bewertungszinsen.

Die Analyse erfolgt anhand einer Grafik, die zeigt, wie sich der zukünftige Kundenzinssatz für jedes Produkt unter Eintreten der verschiedenen Szenarien entwickelt. Dabei wird vorausgesetzt, dass die Marge konstant gehalten wird. In Abhängigkeit der Analyseergebnisse erfolgt eine bedarfsorientierte Anpassung. (Sinkt der Kundenzinssatz auf Null oder nimmt er einen negativen Wert an, hält das aktuelle Mischungsverhältnis der zukünftigen Zinsentwicklung nicht stand. Es sollte daher angepasst werden, wenn das Ziel der Margenkonstanz priorisiert wird. Dabei wird bedacht, dass eine Anpassung der Mischungsverhältnisse nicht zu oft durchgeführt werden sollte, da dies monetäre Auswirkungen auf das Treasury hat.)

Bei den Spreadrisiken wird untersucht, wie stark das Vermögen aufgrund negativer Entwicklungen von Spreads sinkt. Die Szenarioberechnungen erfolgen unter Verwendung historischer Spreadveränderungen unterschiedlicher Zeitreihen. Es erfolgen Berechnungen auf einen Zeithorizont von einem Jahr mit einem Konfidenzniveau von 99 %.

Zusätzlich erfolgt im Rahmen der Risikosteuerung mit dem System SimCorp Dimension der Finanz-Informatik eine Messung des Marktpreisrisikos für die Eigenanlagen. Sämtliche Marktpreisrisiken aus den Eigenanlagen werden täglich durch das Risikocontrolling nach Art und Höhe bewertet. Das Marktpreisrisiko, das mit dem Value-at-Risk ausgedrückt wird, gibt den Verlust an, der innerhalb einer festgelegten Haltedauer (63 Tage) mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau 99 %) nicht überschritten wird. Die Ermittlung erfolgt nicht zur primären Steuerung, sondern zur Gewinnung zusätzlicher Informationen über drohende Verluste. Die Marktpreisrisiken der Sparkasse für Eigenanlagen befinden sich derzeit ausschließlich im Anlagebuch. Handelsbuchpositionen werden zurzeit nicht gehalten. Das mögliche Abschreibungsrisiko bei den Wertpapieranlagen wird durch ein Risikolimit begrenzt. Die Ergebnisse werden in Berichten zusammengefasst.

Marktpreisrisiken für Immobilien werden unter Verwendung einer historischen Zeitreihe mit einer Haltedauer von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 99 % betrachtet. Für Marktpreisrisiken von Immobilien ist ein Vorsorgebetrag zur Limitierung festgelegt.

Alle im Rahmen des Risikomanagements festgelegten Limite für Marktpreisrisiken wurden wie im Vorjahr jederzeit eingehalten. Die Risikohöhe bewegte sich im Rahmen der Erwartungen. Auch für die Zukunft wird keine außergewöhnlich höhere Auslastung erwartet. Abschreibungen werden für die Jahre 2014 und 2015 nur in geringem Umfang erwartet.

Unter **Liquiditätsrisiken** wird die Gefahr verstanden, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit nicht uneingeschränkt nachkommen kann. Die Sparkasse steuert die Liquiditätsrisiken durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine verantwortungsvolle Strukturierung der Mittelzu- und -abflüsse. So erfolgt die Refinanzierung der Sparkasse vor allem über Kundeneinlagen und zu einem geringeren Teil über Kreditinstitute bzw. institutionelle Anleger, wobei die Kundeneinlagen in zunehmendem Maße kurzfristigen Charakter haben. Die Geschäftsleitung wird monatlich über die aktuelle Liquiditätslage informiert. Dies umfasst die monatliche Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung, die Liquiditätskennzahlen unter Einbeziehung von Risikoszenarien sowie den aktuellen Liquiditätsstatus. Die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennzahl liegt oberhalb der internen Schwellenwerte. Die Kennzahlen fließen vierteljährlich in den Gesamtrisikobericht zur Abbildung der Risikotragfähigkeitsberechnung und Sicherstellung der strategischen Ziele ein. Die Liquiditätsrisiken werden periodenorientiert und vermögensorientiert identisch betrachtet.

In Anlehnung an die Definition der Liquiditätskennziffer kann das Liquiditätsrisiko in das Refinanzierungs-, Termin- und Abrufisiko separiert werden. Insbesondere das Refinanzierungsrisiko ist ein wesentlicher Faktor. Diese Risikoart bezeichnet die Gefahr, dass bei einem Überhang von festverzinslichen Darlehen die Refinanzierung nicht jederzeit sichergestellt werden kann. Zur Vermeidung dieser Situation verkauft die Sparkasse Sparkassenbriefe und Pfandbriefe an Kreditinstitute und institutionelle Kunden. Dabei machen die Sparkassenbriefe an Kreditinstitute mit knapp 11 % der gesamten Refinanzierungen den größten Anteil aus. Der Deckungsstock erlaubt weitere Emissionen von Pfandbriefen, die sowohl als Hypotheken- als auch als Öffentliche Pfandbriefe herausgegeben werden können. Zudem kann die Sparkasse auf Kreditlinien bei der Deutschen Bundesbank und Landesbank Hessen-Thüringen zurückgreifen.

Auf Basis von Frühwarnindikatoren und der Ergebnisse der Szenariobetrachtungen erwartet die Sparkasse wie in den Vorjahren auch weiterhin eine solide Liquiditätssituation. Die Liquiditätsrisiken stuft die Sparkasse auch vor dem Hintergrund einer anhaltenden Niedrigzinsphase weiterhin als gering ein.

Operationelle Risiken werden definiert als Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Den operationellen Risiken wird in der Sparkasse durch eine Vielzahl von Maßnahmen entgegengetreten. Schwerpunkte liegen hier unter anderem bei den Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der Informationstechnologie, den generellen Notfall- und Sicherheitskonzepten, den klaren Arbeits- und Kompetenzregelungen, einer gezielten Betrugsprävention oder dem Abschluss von Versicherungen.

In der Sparkasse ist ein von der Sparkassenorganisation entwickeltes System zum Management und Controlling operationeller Risiken implementiert, welches den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen Rechnung trägt. Mit den Bestandteilen Risikoinventur und Schadensfalldatenbank nimmt die Sparkasse eine Analyse der operationellen Risiken vor. Ziel der Risikoinventur ist die qualitative und quantitative Einschätzung des Risikopotenzials auf Basis von Selbsteinschätzungen. In der Schadensfalldatenbank werden systematisch alle innerhalb der Sparkasse tatsächlich aufgetretenen Schadensfälle ab 1.000 EUR aus operationellen Risiken erfasst.

Die Ermittlung des Risikofalls erfolgt in der periodischen Sicht durch die Ableitung des unerwarteten Verlustes über den Erwartungswert Gesamtjahr in Verbindung mit dem q-Faktor des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes für das Konfidenzniveau von 95 %. Als Erwartungswert wird der Durchschnittswert (Nettobetrag) der historisch eingetretenen Schadensfälle seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 2005 genommen. Die Risikolage bei den operationellen Risiken ist seit Implementierung des Controllingsystems zu operationellen Risiken weitestgehend unverändert. Das vorgesehene Limit für operationelle Risiken wurde nur geringfügig ausgelastet, weil keine besonderen Schäden aufgetreten sind. Für die vermögensorientierte Sichtweise wird abweichend von der periodischen Sicht der q-Faktor für das Konfidenzniveau 99 % verwendet.

Das Risiko im Berichtsjahr lag unterhalb des langjährigen Durchschnitts und wird für die nächsten Jahre nicht höher als in den Vorjahren eingeschätzt.

Seit 2011 sind **Risiken aus Beteiligungen** den wesentlichen Risiken zugeordnet. Hierzu zählen insbesondere die Beteiligungen der Sparkasse Neuss am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband und an der Landesbank Berlin. Unter Risiken aus Beteiligungen versteht man die Gefahr, dass aus Eigenkapitalbeteiligungen an Dritten Verluste entstehen. Bereits seit 2009 legt die Sparkasse aus ihrem Ergebnis jedes Jahr mehr als 3 Mio. EUR für eventuell über die bestehenden Garantien hinausreichende Verluste der Ersten Abwicklungsanstalt der Westdeutschen Landesbank zurück.

In der Berechnung für Risiken aus Beteiligungen wird ein aktienähnliches Risiko von 50 % bezogen auf den Buchwert unterstellt und im Rahmen der Risikotragfähigkeit mit der entsprechend notwendigen Risikodeckungsmasse unterlegt.

Die Risikoauslastung wurde im Jahr 2013 durch eine notwendige Bewertungsmaßnahme bei der Beteiligung an der Landesbank Berlin hervorgerufen. Die Auslastung lag über dem Vorjahreswert. Weitere Abschreibungen / Belastungen können für die kommenden Jahre nicht ausgeschlossen werden.

Unter **Sonstigen Risiken** werden alle weiteren denkbaren Risiken gesehen, die neben den zuvor genannten Risiken auftreten können. Diese Risikoarten werden von der Sparkasse Neuss zurzeit als nicht wesentlich eingestuft, jedoch regelmäßig im Rahmen einer jährlichen Risikoinventur systematisch untersucht. Die Ergebnisse der Untersuchung werden im internen Risikoausschuss besprochen. Zusätzlich unterliegen die sonstigen Risiken einer laufenden Beobachtung im Rahmen der Weiterentwicklung von Risikomessverfahren. Für das Planungsrisiko zum ordentlichen Ertrag/ Aufwand wurden Vorsorgebeträge bereitgestellt und die Auslastung quartalsweise festgestellt. Wie im Vorjahr sind keine Überschreitungen aufgetreten. Mögliche Belastungen für die Sparkasse Neuss aus den restlichen, aktuell nicht wesentlichen Risiken werden für die Zukunft als gering eingeschätzt.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die für die Sparkasse Neuss bedeutsamen Risiken liegen im Bereich der Adressen-, der Zinsänderungs- und Beteiligungsrisiken. Das Gesamtbankrisiko, das sich aus der Zusammenführung aller potenziellen Risiken ergibt, ist durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgeschirmt. Zudem wird nur ein Teil der ermittelten Risikodeckungsmasse für die Ableitung der Risikolimiten eingesetzt und ein weiterer Teil als zusätzlicher Risikopuffer vorgehalten.

Das periodenorientierte Risiko hat sich im Laufe des Berichtjahres auf Grund des abnehmenden Risikozeithorizontes zum Jahresende sukzessive verringert und ist in keiner Risikokategorie überschritten worden. Die Risiken aus Beteiligungen sind auf Basis des pauschalen Ansatzes und einem gleichbleibenden Buchwert unverändert geblieben.

Das vermögensorientierte Risiko war im Berichtsjahr sehr stabil, wobei alle Risikoarten im Jahresverlauf geringen Schwankungen unterlagen. Das Zinsänderungsrisiko im Zinsbuch inklusive Spezialfonds zeigte sich im Jahresverlauf leicht rückläufig.

Die insgesamt zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse war jederzeit ausreichend. Das Risikolimit für das Gesamthaus wurde zu keinem Zeitpunkt überschritten. Vor diesem Hintergrund schätzt die Sparkasse ihre Risiken eher normal ein. Auch für das Jahr 2014 werden keine außergewöhnlichen Belastungen erwartet. Erhöhte Risiken könnten sich im Zuge steigender Zinsen negativ auf das Zinsspannenrisiko sowie das Bewertungsergebnis Wertpapiere auswirken.

Prognosebericht

Die globale Wirtschaftserholung schreitet voran und wird sich entsprechend positiv auf die Konjunktur in Deutschland auswirken. Die Wirtschaftsdynamik wird dadurch weiter an Schwung gewinnen und Deutschland der Konjunkturmotor in der Eurozone bleiben. Voraussetzung ist jedoch, dass die europäische Schuldenkrise und die bestehenden Strukturprobleme in Europa und der globalen Wirtschaft beherrschbar bleiben.

Nach einer verhaltenen Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes in 2013 wird für 2014 mit einem deutlich höheren Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,7 % gerechnet. Die positiven Wirtschaftsprognosen sollten jedoch nicht zu einer Verbesserung der Arbeitsmarktsituation führen. Insgesamt werden sich die Arbeitslosenzahlen an den Daten des Vorjahres orientieren.

Der Preisanstieg dürfte bei stabilen Energiekosten mit 1,3 % moderat ausfallen und damit unter dem Niveau des Vorjahres liegen.

Unter Berücksichtigung des gesamten wirtschaftlichen Umfeldes erwarten wir seitens der Europäischen Zentralbank nur kleine Zinsschritte. Die Sparkasse Neuss rechnet mit einem höheren Zinsniveau als 2013 und einer steileren Zinsstruktur.

Bei der Planung zur Geschäftsentwicklung des Jahres 2014 orientiert sich die Sparkasse Neuss an den Einschätzungen ihrer Markt- und Fachbereiche. Das Planungsszenario wird nach den Vorgaben des DSGV-Betriebsvergleichs aufgestellt. Die Planungsgenauigkeit nimmt ab, je weiter der betrachtete Zeitraum in der Zukunft liegt. Findet eine von den Prämissen abweichende Entwicklung statt, werden die tatsächlichen Ergebnisse unter Umständen von dem ursprünglich erwarteten Szenario abweichen. Die Sparkasse verfügt jedoch, wie in der Risikoberichterstattung erläutert, über Instrumente und Prozesse, mit denen Abweichungen von den Erwartungen erkannt und analysiert werden können. Anhand der Erkenntnisse kann ggf. steuernd eingegriffen werden.

Als regional verankertes Kreditinstitut und Marktführer vor Ort wird für das kommende Jahr mit einer moderaten Geschäftsausweitung gerechnet.

Die Sparkasse Neuss erwartet insgesamt eine Stabilisierung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und ein positives Wirtschaftswachstum. Die konjunkturelle Erholung wird jedoch von der Beherrschung der Probleme im Euroraum abhängig sein. Die Sparkasse Neuss wird vor diesem Hintergrund auf der Basis von persönlichen Kundenbeziehungen und gegenseitigem Vertrauen vor allem die Handwerksbetriebe und mittelständischen Unternehmen im Geschäftsgebiet bei Bedarf kreditmäßig wieder angemessen unterstützen.

Im Kundenkreditgeschäft sowie bei den Kundeneinlagen wird im Jahr 2014 ein Wachstum von rund 2 % erwartet.

Für das Eigengeschäft ist in 2014 eine moderate Volumenausweitung vorgesehen.

Die durchschnittliche Bilanzsumme wird im Jahr 2014 voraussichtlich um 2,6 % steigen.

Der Zinsüberschuss - als wichtigste Ertragskomponente - wird auf Basis der Geschäftsplanung und der Zinserwartung im Jahr 2014 leicht höher ausfallen als im Vorjahr.

Im Betrachtungszeitraum wird ein Provisionsüberschuss durch die weitere Fokussierung auf das Privatkundengeschäft und den Ausbau des Dienstleistungs- und Wertpapiergeschäftes deutlich über dem Ergebnis des Vorjahres erwartet.

Der Personalaufwand wird 2014 moderat über dem des Vorjahres liegen. Beim Sachaufwand erwartet die Sparkasse Neuss aufgrund der Budgetplanung im Jahr 2014 eine deutliche Steigerung gegenüber 2013.

Zusammengefasst geht die Sparkasse auf Basis der Annahmen für das Jahr 2014 von einem moderaten Rückgang des Betriebsergebnisses vor Bewertung aus.

Das Wertpapiereigengeschäft der Sparkasse Neuss ist von großer Vorsicht geprägt. Es besteht kein Engagement in Anleihen aus wirtschaftlich schwachen Eurostaaten, die zu außergewöhnlichen Abschreibungen führen könnten. Das von der Sparkasse prognostizierte leicht steigende Zinsniveau wird in den Laufzeiten der Eigenanlagen Berücksichtigung finden. Höhere zinsinduzierte Abschreibungen werden dadurch begrenzt. Vor diesem Hintergrund wird für 2014 nur ein etwas höherer Abschreibungsbedarf als 2013 erwartet.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist nur unter großer Unsicherheit zu prognostizieren. Aufgrund der Qualität des Kreditportfolios geht die Sparkasse derzeit nicht von außergewöhnlich hohen Belastungen aus. Gegenüber dem guten Vorjahresergebnis wird mit einem um ca. 1 Mio. EUR höheren Vorsorgebedarf gerechnet.

Für das Jahr 2014 sind für das neutrale Ergebnis moderate Belastungen aus den Verbundbeteiligungen eingeplant.

Zur Abdeckung der Risiken der WestLB Abwicklungsanstalt erhielten die Sparkassen 25 Jahre Zeit, einen Teil ihres Gewinns anzusparen, um ihn im Zweifelsfall für Verluste der Abwicklungsanstalt verwenden zu können. Daher wird die Sparkasse Neuss aus ihrem Jahresergebnis der kommenden Jahre ebenfalls Beträge in vergleichbarer Höhe des Vorjahresbetrages für diesen Zweck zurücklegen.

Der Jahresüberschuss nach Steuern wird 2014 aufgrund der bisherigen Erkenntnisse auf dem Niveau des Vorjahres liegen.

Als Chancen oder Risiken im Sinne dieses Prognoseberichts werden mögliche positive oder negative Abweichungen von den dargestellten Erwartungen verstanden.

Chancen sieht die Sparkasse Neuss in der Stabilisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und insbesondere in der Beherrschung der europäischen Schuldenkrise. Unter der Voraussetzung, dass sich die Weltwirtschaft und die Lage im Euroraum weiter entspannt, sollte das Vertrauen wieder hergestellt werden und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen weiter zunehmen. Von einer allgemeinen Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sollten zudem das Kreditgeschäft und das Einlagengeschäft sowie das Verbundgeschäft profitieren. Dies könnte zu einem höheren Zinsüberschuss und einer Ausweitung des Provisionsergebnisses führen.

Risiken liegen in der unternehmerischen und banküblichen Gefahr, die prognostizierten Unternehmensergebnisse nicht zu erreichen. Neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten Risiken stellt ein erneutes Aufflammen der Euro-Staatsschuldenkrise das größte Risiko für die Konjunkturentwicklung im Euroraum dar. Des Weiteren können die sich eintrübenden wirtschaftlichen Aussichten in den Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien und die politischen Konflikte im Nahen Osten und in der Ukraine negative Impulse geben. Auch neue Rettungsmaßnahmen, die wiederum zusätzliche Sparbemühungen und Strukturreformen erforderlich machen würden, könnten die Realwirtschaft erneut belasten.

Darüber hinaus liegen latente Risiken in einem sich weiter verschärfenden Konditionenwettbewerb. Die Sparkasse als Marktführer vor Ort bildet hier den natürlichen Hauptangriffspunkt im Kampf um Marktanteile.

Die bestehenden Risiken sind für die Sparkasse Neuss im Rahmen ihrer Überwachungs- und Steuerungssysteme jedoch beherrschbar. Risiken, die den Bestand der Sparkasse gefährden könnten, sind nicht erkennbar.

Zusammenfassung der voraussichtlichen Entwicklung

Soweit aus heutiger Sicht prognostizierbar, erwartet die Sparkasse Neuss für das kommende Jahr eine stetige Geschäftsentwicklung mit einem soliden Jahresergebnis, das eine angemessene Eigenkapitaldotierung, insbesondere im Hinblick auf die Neuregelungen durch Basel III, ermöglicht. Vor dem Hintergrund der Doppelstrategie aus flächendeckender Präsenz vor Ort und multimedialer Erreichbarkeit wird die Sparkasse Neuss auch zukünftig ihre bisher erfolgreiche Geschäftsentwicklung fortsetzen können.

Neuss, den 25. März 2014

Sparkasse Neuss

Der Vorstand

Schmuck

Mölder

Dr. Gärtner

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat ist über alle wichtigen Angelegenheiten der Sparkasse unterrichtet worden, insbesondere über die geschäftliche Lage und Entwicklung der Sparkasse im Rahmen des Budgets (§ 20 Abs. 6 Sparkassengesetz NW).

Die Grundsatzfragen der Geschäftspolitik und alle wesentlichen Vorgänge im Geschäftsablauf wurden eingehend erörtert.

Der Verwaltungsrat hat die ihm gesetzlich obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die vom Vorstand vorbereiteten erforderlichen Beschlüsse gefasst.

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes hat den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 geprüft. Mit ihrem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk testierte sie, dass der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entspricht und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse vermittelt. Ferner wird bestätigt, dass der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht und ein insgesamt zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse vermittelt und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

Der Verwaltungsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 festgestellt und den Lagebericht 2013 gebilligt.

Die Verwendung des Jahresüberschusses erfolgt nach § 25 Sparkassengesetz NW.

Für die im Jahre 2013 geleistete erfolgreiche Arbeit dankt der Verwaltungsrat dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparkasse.

Neuss, den 3. Juli 2014

Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat des Rhein-Kreises Neuss
Vorsitzendes Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse Neuss

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2013

der

Sparkasse Neuss

Zweckverbandssparkasse des Rhein-Kreises Neuss,
der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der
Stadt Kaarst

Land

Nordrhein-Westfalen

Regierungsbezirk

Düsseldorf

Aktivseite

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013

	EUR	EUR	EUR	31.12.2012 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		51.847.951,22		59.520
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		97.055.032,43		50.687
			148.902.983,65	110.207
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		-,-		-
			-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		9.386.377,57		7.335
b) andere Forderungen		24.617.430,98		38.737
			34.003.808,55	46.072
4. Forderungen an Kunden			4.989.714.613,90	4.910.624
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	2.557.502.459,70 EUR			(2.518.887)
Kommunalkredite	376.754.027,42 EUR			(405.749)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- EUR			(-)
ab) von anderen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- EUR			(-)
		-,-		-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		397.341.950,21		387.604
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	397.341.950,21 EUR			(387.604)
bb) von anderen Emittenten		314.315.152,99		355.868
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	314.315.152,99 EUR			(355.868)
		711.657.103,20		743.472
c) eigene Schuldverschreibungen		224.888,76		204
Nennbetrag	220.000,00 EUR			(195)
			711.881.991,96	743.676
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			98.035.977,81	100.000
6a. Handelsbestand			-,-	-
7. Beteiligungen			84.358.856,79	90.798
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- EUR			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- EUR			(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			49.489,73	49
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- EUR			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- EUR			(-)
9. Treuhandvermögen			4.385.445,60	5.560
darunter:				
Treuhandkredite	4.385.445,60 EUR			(5.560)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		358.071,00		408
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,-		-
d) geleistete Anzahlungen		-,-		-
			358.071,00	408
12. Sachanlagen			72.967.265,57	75.681
13. Sonstige Vermögensgegenstände			12.741.756,35	4.903
14. Rechnungsabgrenzungsposten			2.224.781,81	2.860
15. Aktive latente Steuern			-,-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			-,-	-
Summe der Aktiva			6.159.625.042,72	6.090.838

Passivseite**Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013**

	EUR	EUR	EUR	31.12.2012 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		<u>37.466.534,33</u>		<u>77.777</u>
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>1.218.183.406,29</u>		<u>1.251.963</u>
			<u>1.255.649.940,62</u>	<u>1.329.740</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	<u>1.083.394.822,86</u>			<u>1.101.397</u>
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>953.416.199,37</u>			<u>995.474</u>
		<u>2.036.811.022,23</u>		<u>2.096.871</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	<u>2.003.898.040,91</u>			<u>1.720.975</u>
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>306.878.818,39</u>			<u>380.805</u>
		<u>2.310.776.859,30</u>		<u>2.101.780</u>
			<u>4.347.587.881,53</u>	<u>4.198.651</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		<u>3.179.811,92</u>		<u>3.283</u>
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	<u>-,-</u> EUR			<u>(-)</u>
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>-,-</u> EUR			<u>(-)</u>
			<u>3.179.811,92</u>	<u>3.283</u>
3a. Handelsbestand			<u>-,-</u>	<u>-</u>
4. Treuhandverbindlichkeiten			<u>4.385.445,60</u>	<u>5.560</u>
darunter:				
Treuhandkredite	<u>4.385.445,60</u> EUR			<u>(5.560)</u>
5. Sonstige Verbindlichkeiten			<u>9.330.806,09</u>	<u>20.277</u>
6. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>4.656.021,91</u>	<u>5.272</u>
6a. Passive latente Steuern			<u>-,-</u>	<u>-</u>
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		<u>33.699.705,00</u>		<u>33.961</u>
b) Steuerrückstellungen		<u>6.379.950,00</u>		<u>52</u>
c) andere Rückstellungen		<u>21.573.233,86</u>		<u>21.309</u>
			<u>61.652.888,86</u>	<u>55.322</u>
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>-,-</u>	<u>-</u>
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			<u>4.936.389,92</u>	<u>17.476</u>
10. Genussrechtskapital			<u>-,-</u>	<u>313</u>
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	<u>-,-</u> EUR			<u>(313)</u>
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			<u>90.885.000,00</u>	<u>79.470</u>
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) Kapitalrücklage		<u>-,-</u>		<u>-</u>
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	<u>371.474.047,67</u>			<u>369.693</u>
cb) andere Rücklagen	<u>-,-</u>			<u>-</u>
		<u>371.474.047,67</u>		<u>369.693</u>
d) Bilanzgewinn		<u>5.886.808,60</u>		<u>5.781</u>
			<u>377.360.856,27</u>	<u>375.474</u>
Summe der Passiva			<u>6.159.625.042,72</u>	<u>6.090.838</u>
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>82.831.514,77</u>		<u>74.666</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>82.831.514,77</u>	<u>74.666</u>
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>193.256.082,71</u>		<u>227.946</u>
			<u>193.256.082,71</u>	<u>227.946</u>

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2012 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	<u>219.164.153,35</u>			<u>222.575</u>
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	-:- EUR			(-)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>11.450.904,04</u>			<u>16.390</u>
		<u>230.615.057,39</u>		<u>238.965</u>
2. Zinsaufwendungen		<u>111.925.561,11</u>		<u>121.085</u>
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	<u>387.932,01</u> EUR			<u>(386)</u>
			<u>118.689.496,28</u>	<u>117.880</u>
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		<u>2.997.979,37</u>		<u>1.185</u>
b) Beteiligungen		<u>1.506.601,82</u>		<u>1.594</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>186.182,09</u>		<u>259</u>
			<u>4.690.763,28</u>	<u>3.038</u>
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			-:-	-
5. Provisionserträge		<u>37.010.439,84</u>		<u>36.045</u>
6. Provisionsaufwendungen		<u>3.112.467,25</u>		<u>2.951</u>
			<u>33.897.972,59</u>	<u>33.094</u>
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			-:-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge			<u>5.963.512,86</u>	<u>6.216</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	<u>21.182,30</u> EUR			<u>(17)</u>
aus der Abzinsung von Rückstellungen	-:- EUR			(-)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			-:-	-
			<u>163.241.745,01</u>	<u>160.228</u>
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	<u>57.187.407,02</u>			<u>55.360</u>
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>14.826.923,15</u>			<u>14.701</u>
darunter:				
für Altersversorgung	<u>4.964.546,82</u> EUR			<u>(4.727)</u>
		<u>72.014.330,17</u>		<u>70.061</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>30.258.588,23</u>		<u>29.960</u>
			<u>102.272.918,40</u>	<u>100.021</u>
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			<u>6.738.621,22</u>	<u>7.301</u>
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			<u>9.087.175,53</u>	<u>8.969</u>
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	<u>2.506.457,69</u> EUR			<u>(2.150)</u>
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>5.970.885,93</u>		<u>2.550</u>
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		-:-		-
			<u>5.970.885,93</u>	<u>2.550</u>
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		<u>8.861.099,00</u>		<u>2.999</u>
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		-:-		-
			<u>8.861.099,00</u>	<u>2.999</u>
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			-:-	-
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			<u>11.415.000,00</u>	<u>19.865</u>
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			<u>18.896.044,93</u>	<u>18.523</u>
20. Außerordentliche Erträge		-:-		-
21. Außerordentliche Aufwendungen		-:-		-
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	-:- EUR			(-)
22. Außerordentliches Ergebnis			-:-	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>12.675.702,41</u>		<u>12.306</u>
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		<u>333.533,92</u>		<u>436</u>
			<u>13.009.236,33</u>	<u>12.742</u>
25. Jahresüberschuss			<u>5.886.808,60</u>	<u>5.781</u>
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			-:-	-
			<u>5.886.808,60</u>	<u>5.781</u>
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		-:-		-
b) aus anderen Rücklagen		-:-		-
			-:-	-
			<u>5.886.808,60</u>	<u>5.781</u>
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		-:-		-
b) in andere Rücklagen		-:-		-
			-:-	-
29. Bilanzgewinn			<u>5.886.808,60</u>	<u>5.781</u>

Anhang

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Geschäftsjahr 2013 nicht verändert. Auch haben wir keine Veränderung der Zuordnung von Vermögensgegenständen zum Umlauf- oder Anlagevermögen vorgenommen.

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Endfälligkeit) haben wir zum Nennwert bilanziert.

Laufzeitzinsdarlehen wurden zum Zeitwert angesetzt. Bei Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden kapitalanteilig nach der Zinsstaffelmethode auf die Festzinsfrist bzw. auf die Darlehenslaufzeit verteilt.

Für akute Ausfallrisiken bei Forderungen an Kunden haben wir Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls gebildet. Ferner wurden nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt.

Von Kunden im Zusammenhang mit einer vorzeitigen Anpassung von Festzinsvereinbarungen an das aktuelle Marktzinsniveau erhaltene Ausgleichsbeträge wurden – wie Vorfälligkeitsentgelte – unmittelbar in voller Höhe erfolgswirksam vereinnahmt.

Der Wechselbestand wurde zum Zeitwert bilanziert.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) sind mit ihren Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert. Für alle Wertpapiere haben wir untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist. Dabei haben wir die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Umgebung zum Bilanzstichtag einbezogen. Aktive Märkte haben wir im Wesentlichen für börsennotierte Aktien und europäische öffentlich begebene Anleihen festgestellt. Für an einem aktiven Markt gehandelte Wertpapiere wurde der Börsen- / Marktpreis zum Abschlussstichtag als beizulegender (Zeit-) Wert verwendet. Insbesondere aufgrund der noch anhaltenden Finanzmarktkrise waren jedoch die Märkte für Teile unseres zinsbezogenen Wertpapierbestandes zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesen Fällen haben wir – sofern für uns auch keine Informationen über jüngste Transaktionen in diesen oder vergleichbaren Wertpapieren erkennbar waren – die von Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse verwendet. Diese indikativen Kurse haben wir basierend auf einem Abgleich vergleichbarer Renditen

der jeweiligen Emittenten oder unserer Handelspartner einer Plausibilitätskontrolle unterzogen. Dieser Abgleich basiert auf der Abzinsung der aus den jeweiligen Wertpapieren erwarteten Cashflows mit einem geeigneten Zins. Der Diskontierungszins setzt sich aus einem Basiszins und einem Risikozuschlag („Spread“) zusammen. Für die Bestimmung der Parameter haben wir vorrangig am Markt beobachtete Werte verwendet. Für Investmentfondsanteile haben wir als beizulegenden (Zeit-) Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt. Die Bewertung der Wertpapiere steht im Einklang mit dem Rechnungslegungshinweis RH 1.014 des IDW vom 09. Januar 2009.

Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen wegen dauernder und vorübergehender Wertminderungen, bilanziert. Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesellschaftlich begründeter Einlageverpflichtungen wurden dann aktiviert, wenn sie am Bilanzstichtag bereits eingefordert wurden. Die Beteiligungsbewertung erfolgt grundsätzlich auf der Basis der Vorgaben des IDW RS HFA 10 nach dem Ertragswertverfahren. Andere Bewertungsmethoden kommen dann zum Einsatz, wenn die Art bzw. der betragliche Umfang der Beteiligung dies rechtfertigen.

Die Sachanlagen und die immateriellen Anlagewerte, die ab dem Jahr 2010 angeschafft worden sind, werden linear über die voraussichtliche bzw. betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Vor dem Jahr 2010 angeschaffte Vermögensgegenstände schreiben wir unter Nutzung der Übergangsmöglichkeit des BilMoG (Art. 67 (4) EGHGB) weiterhin mit den steuerlich zulässigen Höchstsätzen ab. Niedrigere Wertansätze auf Sachanlagevermögen, die aus der Übernahme steuerrechtlicher Regelungen resultierten (§ 6b EStG), haben wir ebenfalls nach Art. 67 (4) EGHGB fortgeführt. Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150 Euro werden sofort als Sachaufwand erfasst. Für Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von mehr als 150 Euro bis 1.000 Euro wird ein Sammelposten gebildet, der aufgrund der insgesamt unwesentlichen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Rahmen einer Gesamtbetrachtung über fünf Jahre ergebniswirksam verteilt wird.

Angeschaffte Software wurde nach den Grundsätzen des Rechnungslegungsstandards HFA 11 des IDW bilanziert.

Einen Überhang aktiver latenter Steuern, der sich nach Saldierung mit passiven latenten Steuern ergab, haben wir in Ausübung des Wahlrechtes nach § 274 (1) Satz 2 HGB nicht bilanziert.

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Agien und Disagien wurden in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt. Unterschiedsbeträge zwischen Ausgabe- und Erfüllungsbetrag bei Verbindlichkeiten werden auf die Festzinsfrist bzw. bei variablem Zins auf deren Laufzeit verteilt.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Die Rückstellungen für unmittelbar zugesagte Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben wir nach dem finanzmathematischen Teilwertverfahren auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005G berechnet. Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,5 % und Rentensteigerungen von 1,5 % unterstellt. Die Rückstellungen wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechtes gemäß § 253 (2) Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dieser Zinssatz beträgt 4,91 %.

Die sonstigen Rückstellungen entfallen im Wesentlichen auf Verpflichtungen aus banküblichen Geschäften im Zusammenhang mit Bonuszahlungen für Sparverträge und Personalaufwendungen. Sie wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages gebildet. Für Zwecke der Rückstellungsbildung haben wir eine Einschätzung vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Inanspruchnahme zu erwarten ist. Bei der Beurteilung von Rechtsrisiken haben wir die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt. Bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgte eine Abzinsung. Die Abzinsung erfolgte mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre. Bei der Bestimmung des Diskontierungszinssatzes sind wir grundsätzlich davon ausgegangen, dass Änderungen des Zinssatzes jeweils zum Jahresende eingetreten sind. Entsprechend sind wir für die Bestimmung des Zeitpunktes der Änderungen des Verpflichtungsumfanges bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs vorgegangen.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken wurde ein Sonderposten gemäß § 340g HGB gebildet. Zinsbezogene Finanzinstrumente (einschließlich Derivate) unseres Bankbuchs (Zinsbuchs) haben wir auf der Grundlage der vom IDW veröffentlichten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuch)“ nach der Barwertmethode bewertet. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

Die Sparkasse setzt Derivate im Wesentlichen im Rahmen der Zinsbuchsteuerung ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen. Darüber hinaus wurde eine Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB als Micro-Hedge zur Absicherung von Zinsrisiken aus einem Darlehen gebildet. Die Angaben nach § 285 Nr. 23 HGB erfolgen in einem separaten Abschnitt des Anhangs.

Währungsumrechnung

Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sind mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. Für entsprechende zum Jahresende nicht abgewickelte Termingeschäfte wurde der Terminkurs herangezogen. In den Beständen sind in derselben Währung besonders gedeckte Geschäfte vorhanden. Von einer besonderen Deckung gehen wir aus, wenn das Wechselkursänderungsrisiko durch sich betragsmäßig entsprechende

Geschäfte oder Gruppen von Geschäften einer Währung ausgeschlossen wird. Bei den besonders gedeckten Geschäften handelt es sich um laufende Konten, Währungspositionen, Devisentermin- und -optionsgeschäfte von Kunden, die durch gegenläufige Geschäfte mit Kreditinstituten gedeckt sind.

Die Aufwendungen und Erträge von besonders gedeckten Geschäften wurden je Währung saldiert und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden unabhängig von der Restlaufzeit erfolgswirksam berücksichtigt und im sonstigen Ergebnis ausgewiesen. Die Erträge aus der Umrechnung von Fremdwährungsposten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr und weniger wurden erfolgswirksam vereinnahmt und analog ausgewiesen.

Erläuterungen zur Bilanz

Die zu Posten und Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

Aktiva 3 - Forderungen an Kreditinstitute

	€	€ i.Vj.
In diesem Posten sind enthalten:		
- Forderungen an die eigene Girozentrale	21.127.011,96	18.716.950,18
Der Unterposten b) - andere Forderungen- setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	0,00	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	10.000.000,00	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	9.000.000,00	
- mehr als fünf Jahre	0,00	
In folgenden Unterposten sind enthalten:		
b) andere Forderungen		
- nachrangige Forderungen	9.321.041,81	9.321.041,81

Aktiva 4 - Forderungen an Kunden

	€	€ i.Vj.
In diesem Posten sind enthalten:		
- Forderungen an verbundene Unternehmen	1.712.489,21	1.673.667,67
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.180.056,91	14.500.060,98
- nachrangige Forderungen	0,00	3.000.000,00

Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate	231.722.500,28
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	289.005.035,07
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.095.389.304,50
- mehr als fünf Jahre	2.974.493.681,38
- Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	396.133.490,55

Aktiva 5 - Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

	€
In diesem Posten sind enthalten:	
- Beträge, die bis zum 31.12.2014 fällig werden	144.944.064,12

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

- börsennotiert	691.796.232,41
- nicht börsennotiert	20.085.759,55

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung unseres Wertpapierbestandes zu vermitteln:

Umlaufvermögen

Art der Anlage	Buchwerte in Mio. €	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
Inländische Staatspapiere	359,3	ja	Börsen-/ Marktpreis
Sonstige öffentlich-rechtliche Emittenten	73,5	ja	Börsen-/ Marktpreis
Pfandbriefe	79,8	nein	Indikative Kurse
Bankanleihen	194,0	nein	Indikative Kurse

Aktiva 6 - Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Sparkasse hält mehr als 10 % der Anteile an folgendem Investmentvermögen im Sinne des Investmentgesetzes (InvG).

	Buchwert in Mio. €	Marktwert in Mio. €	Differenz Buchwert Marktwert	Ausschüttung in 2013 in Mio. €	Tägl. Rückgabe möglich	Unterlassene Abschr. in Mio. €
Spezialfonds						
Novesia	98,0	120,3	22,3	3,0	Ja	0,0

Der Spezialfonds Novesia ist international ausgerichtet und investiert schwerpunktmäßig in Staatsanleihen, Pfandbriefe und Unternehmensanleihen.

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung unserer Wertpapiere zu vermitteln. Der in der vorherigen Aufstellung enthaltene Spezialfonds ist hierin enthalten:

Umlaufvermögen

Art der Anlage	Buchwerte in Mio. €	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
Spezialfonds	98,0	nein	Rücknahmewert gem. KAGB
Aktien	0,003	ja	Börsenkurs

Aktiva 7 - Beteiligungen

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Beteiligungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse wird auf Angaben gemäß § 285 Nr.11 und Nr.11a HGB verzichtet.

Aktiva 8 - Anteile an verbundenen Unternehmen

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Tochterunternehmen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse wird auf Angaben gemäß § 285 Nr.11 HGB und auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

Aktiva 9 - Treuhandvermögen

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar.

Aktiva 12 - Sachanlagen

	€	€ i.Vj.
In diesem Posten sind enthalten:		
- im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	51.256.647,85	51.653.516,27
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.287.213,00	8.161.220,00

Aktiva 14 - Rechnungsabgrenzungsposten

	€	€ i.Vj.
In diesem Posten sind enthalten:		
- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten	1.515.693,91	2.239.502,89

Aktiva 15 - Aktive latente Steuern

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Wir haben diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes (inklusive Solidaritätszuschlag) von 16 % und einem Gewerbesteuersatz von 16 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern haben wir verrechnet.

Einen verbleibenden Überhang aktiver latenter Steuern haben wir nicht angesetzt.

Die verrechneten passiven und aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppen von Vermögensgegenständen und Schulden:

- Forderungen an Kunden
- Beteiligungen
- Rückstellungen
- Wertpapiere
- Sachanlagen
- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Mit Blick auf die zu versteuernden temporären Differenzen und die Erwartung voraussichtlicher künftiger steuerpflichtiger Gewinne halten wir die voraussichtliche Realisierung der aktiven latenten Steuern für gegeben.

Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von 23.502.427,17 Euro.

Anlagenspiegel

	Anschaffungs- kosten	Veränderungen des Geschäftsjahres			Abschreibunge n und Wert- berichtigungen Insgesamt	Bilanzwert am Jahresende	Bilanzwert Vorjahr	Abschrei- bungen des Geschäfts- jahres	Abschrei- bungen des Vorjahres
		Zugänge	Abgänge	Zu- schrei- bungen					
	€	€	€	€	€	€	€	€	
Grundstücke und Gebäude	189.606.553,25	3.577.734,85	1.338.018,89	-	126.166.216,64	65.680.052,57	67.519.986,59	4.426.872,02	4.637.908,42
Betriebs- u. Geschäfts- ausstattung	55.685.005,36	1.233.581,80	2.058.896,56	-	47.572.477,60	7.287.213,00	8.161.220,00	2.079.842,80	2.347.590,76
Immaterielle Anlagewerte	3.414.772,43	193.316,40	380.283,86	-	2.869.733,97	358.071,00	407.773,00	231.906,40	315.211,41

Veränderungen zusammengefasst:

Beteiligungen	-6.438.859,83	84.358.856,79	90.797.716,62
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	49.489,73	49.489,73
Sonstige Vermögens- gegenstände	-	77.694,90	77.694,90
darunter: Anteile an Genossen- schaften	-	76.644,90	76.644,90

Passiva 1 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	€	€ i.Vj.
In diesem Posten sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	67.336.148,30	108.254.768,57
Der Unterposten b) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	34.989.474,65	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	30.323.539,67	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	739.345.713,70	
- mehr als fünf Jahre	388.123.015,04	

Für die in dieser Position ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Weiterleitungsdarlehen gegenüber Kreditinstituten sind Forderungen an Kunden (393.686.840,08 Euro) abgetreten bzw. Wertpapiere (20.089.104,90 Euro) verpfändet worden.

Passiva 2 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	€	€ i.Vj.
In diesem Posten sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	23.698,28	48.411,89
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.088.623,47	3.186.962,87

Der Unterposten a) ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate	52.967.615,67
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	889.131.578,97
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	10.550.339,73
- mehr als fünf Jahre	766.665,00

Der Unterposten b) bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate	47.060.665,78
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	50.506.736,91
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	103.009.434,08
- mehr als fünf Jahre	102.038.503,93

Passiva 3 - Verbriefte Verbindlichkeiten

	€
Im Unterposten a) sind bis zum 31.12.2014 fällige Beträge enthalten:	3.126.494,64

Passiva 4 - Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich ausschließlich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten ist der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von 3.342.617,93 Euro (im Vorjahr: 3.573.284,30 Euro) enthalten.

Passiva 9 - Nachrangige Verbindlichkeiten

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrages:

Betrag in €	Zinssatz in %	Fälligkeit	vorzeitige Rückzahlungs- verpflichtung
895.500,00	4,45	16.03.2014	nein
2.000.000,00	4,82	30.06.2014	nein

Die Bedingungen für diese von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a Satz 1 KWG. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Durchschnittsverzinsung von 4,30 % und ursprüngliche Laufzeiten von 6 bis 10 Jahren. Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden 3.620.360,67 Euro zur Rückzahlung fällig.

Für die in dieser Position ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von 469.876,24 Euro angefallen.

Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich

Eventualverbindlichkeiten

Bei unseren Kreditgewährungen werden in diesem Posten für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen unserer Kreditrisikomanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden. Sofern dies im Einzelfall nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann, haben wir ausreichende Rückstellungen gebildet. Sie sind vom Gesamtbetrag der Eventualverbindlichkeiten abgesetzt worden.

Andere Verpflichtungen

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen unserer Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage sind wir der Auffassung, dass unsere Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen.

Unter den Passiva und den Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von 25.627.884,47 Euro.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten folgende wesentlichen Einzelbeträge: Aufwendungen in Höhe von 2,6 Mio. Euro im Zusammenhang mit der Bildung einer Rückstellung für Aufwendungsersatzverpflichtungen gegenüber dem DSGVO ö.K. aus der Unterbeteiligung an der Erwerbsgesellschaft LBBH.

Sonstige Angaben

Angaben zu Pfandbriefen

Die Sparkasse hat seit 2008 siebzehn Pfandbriefemissionen und seit 2011 drei öffentliche Pfandbriefemissionen durchgeführt. Es wurden Hypothekendarlehen mit einem Nominalwert von 180.100.000,00 Euro und öffentliche Pfandbriefe mit einem Nominalwert von 20.000.000,00 Euro platziert.

Nachfolgend sind die Posten der Bilanz gemäß den Vorschriften für die Formblätter von Pfandbriefbanken aufgliederung. Da die Sparkasse das Pfandbriefgeschäft nicht schwerpunktmäßig betreibt, wurden die Untergliederungen aus Gründen der Übersichtlichkeit in den Anhang übernommen. Aus den gleichen Gründen stellen wir nur die nach RechKredV vorgesehenen Posten der Bilanz dar, deren Inhalte das Pfandbriefgeschäft betreffen.

Untergliederung von Posten der Bilanz aufgrund des Pfandbriefgeschäftes:

Aktiva 4 - Forderungen an Kunden

	<u>Geschäftsjahr</u>		<u>Vorjahr</u>	
	€	€	TEUR	TEUR
a) Hypothekendarlehen	2.557.502.459,70		2.518.887	
b) Kommunalkredite	376.754.027,42		405.749	
c) andere Forderungen	2.055.458.126,78	4.989.714.613,90	1.985.988	4.910.624
darunter:				
gegen Beleihung von Wertpapieren		12.772.451,96		13.749

Aktiva 14 - Rechnungsabgrenzungsposten

	<u>Geschäftsjahr</u>		<u>Vorjahr</u>	
	€	€	TEUR	TEUR
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	1.515.693,91		2.239	
b) Andere	709.087,90	2.224.781,81	620	2.859

Passiva 1 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	<u>Geschäftsjahr</u>		<u>Vorjahr</u>	
	€	€	TEUR	TEUR
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	116.523.066,30		106.334	
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	10.024.221,92		5.001	
c) andere Verbindlichkeiten	1.129.102.652,40	1.255.649.940,62	1.218.405	1.329.740
darunter:				
täglich fällig		37.466.534,33		77.777

Passiva 2 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	€	€	TEUR	TEUR
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	66.809.855,48		66.810	
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	10.311.917,81		10.312	
c) andere Verbindlichkeiten	4.270.466.108,24	4.347.587.881,53	4.121.529	4.189.651
darunter:				
täglich fällig		2.003.898.040,91		1.720.975

Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	€	€	TEUR	TEUR
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	4.527.357,86		5.152	
b) Andere	128.664,05	4.656.021,91	120	5.272

Deckungsrechnung für Pfandbriefe

Die im Hypothekendeckungsregister aufgeführten Realdarlehen (389.734 Tsd. Euro) werden in der Bilanz unter Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die Wertpapiere zur Deckung der Hypothekenspfandbriefe (15.000 Tsd. Euro) finden sich in der Bilanz unter Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

I) Angaben gemäß § 28 Abs.1 Nr. 1 Pfandbriefgesetz zum Gesamtbetrag (Angaben in Mio. Euro)								
	Nennwert		Barwert		Risikobarwert *) (Verschieb. nach oben)		Risikobarwert *) (Verschieb. nach unten)	
	IV 2013	IV 2012	IV 2013	IV 2012	IV 2013	IV 2012	IV 2013	IV 2012
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	180,10	170,10	200,62	198,82	169,68	165,04	226,93	220,48
Gesamtbetrag der Deckungsmasse	404,73	322,40	457,12	383,19	396,78	330,33	509,51	415,95
davon gattungsklassische	389,73	307,40	441,95	367,92	382,11	315,92	494,24	400,52
davon sonstige Deckungswerte	15,00	15,00	15,17	15,28	14,67	14,41	15,27	15,43
Überdeckung in %	124,73%	89,53%	127,86%	92,73%	133,85%	100,15%	124,52%	88,66%
Sichernde Überdeckung gem. § 4 Abs. 1 PfandBG in %			7,56%	7,68%				

II) Angaben gemäß § 28 Abs.1 Nr. 2 Pfandbriefgesetz zu Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse (Angaben in Mio. Euro)						
	Laufzeitstruktur IV 2013		Laufzeitstruktur IV 2012		Überhang	
	Deckungs- masse	Pfandbrief- umlauf	Deckungs- masse	Pfandbrief- umlauf	IV 2013	IV 2012
bis einschließlich 1 Jahr	27,28	0,00	15,39	0,00	27,28	15,39
über 1 Jahr bis einschließlich 2 Jahre	36,25	0,00	17,58	0,00	36,25	17,58
über 2 Jahre bis einschließlich 3 Jahre	20,32	5,00	32,15	0,00	15,32	32,15
über 3 Jahre bis einschließlich 4 Jahre	27,09	10,00	15,92	5,00	17,09	10,92
über 4 Jahre bis einschließlich 5 Jahre	30,12	5,00	20,18	10,00	25,12	10,18
über 5 Jahre bis einschließlich 10 Jahre	180,08	145,10	145,28	130,10	34,98	15,18
über 10 Jahre	83,60	15,00	75,90	25,00	68,60	50,90

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

*) statisches Verfahren gem. PfandBarwertV

III) Angaben zur Zusammensetzung der Deckungsmasse				(Angaben in Mio. Euro)			
Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen	IV 2013	IV 2012	Anteil am Gesamtbetrag der Deckungsmasse	Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen (sonstige Deckung)	IV 2013	IV 2012	Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumsatzes
nach Größenklassen				sonstige Deckungswerte			
bis einschließlich 300 T€	281,73	229,56	69,61%	weitere Deckung gem. § 19 I Nr. 2-3 PfandBG brutto	0,00	0,00	0,00%
mehr als 300 T€ bis einschließlich 5 Mio.€	94,27	71,41	23,29%	davon nach § 19 I Nr. 2 PfandBG	0,00	0,00	0,00%
mehr als 5 Mio.€	13,73	6,43	3,39%	davon höchste Geldforderung geg. Kl	0,00	0,00	0,00%
nach Nutzungsart (I) in Deutschland				Gesamtauslastung nach § 19 I Nr. 3 PfandBG			
wohnwirtschaftlich	318,57	250,46	78,71%	Deckung nach § 4 Abs. 1 PfandBG (für sichernde Überdeckung verwendet)	15,00	15,00	8,33%
gewerblich	71,17	56,93	17,58%	Deckung ausschließlich für Liquiditätssicherung nach § 4 Abs. 1a PfandBG	0,00	0,00	0,00%
				Summe gattungsklassische und weitere Deckung	404,73	322,40	224,73%
nach Nutzungsart (II) in Deutschland							
Wohnungen	56,71	44,70	14,01%				
Einfamilienhäuser	180,64	147,04	44,63%				
Mehrfamilienhäuser	81,74	58,28	20,19%				
Bürogebäude	6,49	6,89	1,60%				
Handelsgebäude	2,06	1,21	0,51%				
Industriegebäude	30,54	31,15	7,55%				
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	31,56	18,12	7,80%				
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,00	0,00	0,00%				
Bauplätze	0,00	0,00	0,00%				

Außerhalb Deutschlands befinden sich keine Grundstückssicherheiten.

IV) Übersicht über rückständige Forderungen			(Angaben in Mio. Euro)	
	IV 2013	IV 2012		
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Forderungen	0,00	0,00		

V) Anhang des Jahresabschlusses					(Angaben in Mio. Euro)	
	wohnwirtschaftlich		gewerblich			
	IV 2013	IV 2012	IV 2013	IV 2012		
Anzahl der am Abschlussstag anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0,00	0,00	0,00	0,00		
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	0,00	0,00	0,00	0,00		
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	0,00	0,00	0,00	0,00		
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	0,00	0,00	0,00	0,00		

Die im Deckungsregister der Öffentlichen Pfandbriefe enthaltenen Darlehen (104.942 Tsd. Euro) werden in der Bilanz unter Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die zur Deckung der Öffentlichen Pfandbriefe bestimmten Wertpapiere (5.000 Tsd. Euro) finden sich in der Bilanz unter Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

I) Angaben gemäß § 28 Abs.1 Nr. 1 Pfandbriefgesetz zum Gesamtbetrag								
(Angaben in Mio. Euro)								
	Nennwert		Barwert		Risikobarwert *) (Verschieb. nach oben)		Risikobarwert *) (Verschieb. nach unten)	
	IV 2013	IV 2012	IV 2013	IV 2012	IV 2013	IV 2012	IV 2013	IV 2012
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	20,00	15,00	22,45	18,37	18,93	14,77	25,96	21,36
Gesamtbetrag der Deckungsmasse	109,94	108,35	115,96	116,86	110,24	109,98	119,95	120,03
davon gattungsklassische	104,94	103,35	110,81	111,64	105,30	105,09	114,76	114,75
davon sonstige	5,00	5,00	5,15	5,22	4,95	4,90	5,19	5,28
Überdeckung in %	449,71%	622,36%	416,61%	536,19%	482,23%	644,49%	362,01%	462,05%
Sichernde Überdeckung gem. § 4 Abs. I PfandBG in %			22,93%					

II) Angaben gemäß § 28 Abs.1 Nr. 2 Pfandbriefgesetz zu Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfristen						
(in Mio. Euro)						
	Laufzeitstruktur IV 2013		Laufzeitstruktur IV 2012		Überhang	
	Deckungs- masse	Pfandbrief- umlauf	Deckungs- masse	Pfandbrief- umlauf	IV 2013	IV 2012
bis einschließlich 1 Jahr	75,78	0,00	23,18	0,00	75,78	23,18
über 1 Jahr bis einschließlich 2 Jahre	5,93	0,00	19,43	0,00	5,93	19,43
über 2 Jahre bis einschließlich 3 Jahre	1,72	0,00	7,16	0,00	1,72	7,16
über 3 Jahre bis einschließlich 4 Jahre	1,11	10,00	2,95	0,00	-8,89	2,95
über 4 Jahre bis einschließlich 5 Jahre	1,00	0,00	2,03	5,00	1,00	-2,97
über 5 Jahre bis einschließlich 10 Jahre	23,08	0,00	30,52	0,00	23,08	30,52
über 10 Jahre	1,32	10,00	23,08	10,00	-8,68	13,08

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

*) nach statischem Verfahren gem. PfandBarwertV

III) Angaben zur Zusammensetzung der Deckungsmasse				
(Angaben in Mio. Euro)				
	IV 2013	IV 2012		
Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen	109,94	108,35		
			Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	IV 2013
			IV 2012	
			weitere Deckungen	
			nach § 20 Abs. 2 PfandBG brutto	0,00
			höchste Geldforderung gegen ein Kreditinstitut	0,00
Zur Deckung verwendete Forderungen nach Ländern und Schuldnerklassen	Staat	Regionale Gebietskörper- schaften	Örtliche Gebietskörper- schaften	Sonstige Schuldner
Bundesrepublik Deutschland	0,00	5,00	72,98	31,96

In der Deckungsmasse befinden sich keine gewährleisteten Forderungen.

IV) Übersicht über rückständige Forderungen				
(Angaben in Mio. Euro)				
	IV 2013	IV 2012		
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Forderungen	0,00	0,00		
Rückständige Forderungen nach Ländern und Schuldnerklassen	Staat	Regionale Gebietskörper- schaften	Örtliche Gebietskörper- schaften	Sonstige Schuldner
	0,00	0,00	0,00	0,00

Derivative Finanzinstrumente

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte ergeben sich aus der nachstehenden Tabelle der derivativen Finanzinstrumente. Die noch nicht abgewickelten Termingeschäfte verteilen sich auf Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Devisenoptionsgeschäfte. Bei den Termingeschäften in fremder Währung handelt es sich ausschließlich um Kundengeschäfte, denen betrags- und fristenkongruente Deckungsgeschäfte gegenüberstehen. Die Zinsswaps dienen der Absicherung (Micro-Hedge) von Zinsänderungsrisiken bzw. der an einer Benchmark ausgerichteten Steuerung des Zinsbuches. Die ausgewiesenen Zeitwerte enthalten keine Abgrenzungen und Kosten (clean-price).

Bei den aufgeführten derivativen Finanzinstrumenten entspricht der beizulegende Zeitwert bei einem aktiven Markt dem Marktpreis. Soweit kein aktiver Markt besteht, wurde der beizulegende Zeitwert anhand von Bewertungsmethoden ermittelt. Die im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogen und somit nicht einzeln bewertet. Für Zinsswaps wurden die Zeitwerte als Barwerte zukünftiger Zinszahlungsströme ermittelt. Dabei fanden die Swap-Zinskurven per 31.12.2013 Verwendung. Zeitwerte von Optionen wurden anhand des allgemein anerkannten Black-Scholes-Modells ermittelt. Grundlage der Bewertung waren der Marktwert des Underlyings im Verhältnis zum Basispreis, die Restlaufzeit und die impliziten Volatilitäten, die den Veröffentlichungen der Agentur Reuters entnommen wurden. Zur Ermittlung der Zeitwerte von Devisentermingeschäften wurde der Terminkurs am Bilanzstichtag für die entsprechenden Restlaufzeiten herangezogen. Diese wurden den Veröffentlichungen der Agentur Reuters entnommen. Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente handelt es sich ausschließlich um deutsche Kreditinstitute. Zusätzlich wurden Devisentermingeschäfte und Devisenoptionengeschäfte mit Kunden abgeschlossen.

	Nominalbeträge in Mio. €				Beizulegende Zeitwerte ¹⁾ in Mio. €	Buchwerte in Mio. €	
	nach Restlaufzeiten			Insgesamt	Preis nach Bewertungs- methode	Options- prämie	Rück- stellung
	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	>5 Jahre				
Zins-/Zinsindexbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
Termingeschäfte							
Zinsswaps (Micro-Hedge)			15,4	15,4	-2,8		
Zinsswaps (Zinsbuchsteuerung)	160,0	610,0	920,0	1.690,0	-115,4		
Summe	160,0	610,0	935,4	1.705,4	-118,2		
davon: Deckungsgeschäfte	160,0	610,0	935,4	1.705,4	-118,2		
Währungsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
Termingeschäfte							
Devisenterminkauf	15,9			15,9	-15,9		
Devisenterminverkauf	15,9			15,9	15,9		
Optionen							
Longpositionen	1,4			1,4	0,0	-0,035 (A13)	
Shortpositionen	1,4			1,4	0,0	0,036 (P5)	
Summe	34,6			34,6	0,0		
davon: Deckungsgeschäfte	17,3			17,3	-15,9		

1) Positive und negative Zeitwerte gleichartiger Produkte wurden saldiert. Aus Sicht der Sparkasse negative Zeitwerte werden mit Minus angegeben.

Bei den Deckungsgeschäften handelt es sich um die in Bewertungseinheiten oder in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogenen schwebenden Geschäfte sowie um gegenläufige Währungstermingeschäfte.

Bewertungseinheiten

Im Risikomanagement eingegangene Sicherungsbeziehungen, die die Voraussetzungen des § 254 HGB erfüllen, werden auch für bilanzielle Zwecke als Sicherungsbeziehung (Bewertungseinheit) behandelt.

Die bilanzielle Behandlung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB erfolgt nach den gesetzlichen Vorschriften und den Interpretationen des Rechnungslegungsstandards IDW RS HFA 35. Auf dieser Basis ermitteln wir für jede Bewertungseinheit zum Bilanzstichtag die Wertänderung von Grund- und Sicherungsgeschäft. Wir differenzieren dabei nach Wertänderungen, die auf gesicherte Risiken und solche, die auf ungesicherte Risiken entfallen. Die auf gesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden auf der Grundlage der sog. „Einfrierungsmethode“ außerhalb der bilanziellen Wertansätze miteinander verrechnet. Sofern sich die Wertänderungen nicht vollständig ausgleichen, bilden wir für einen Aufwandsüberhang eine Rückstellung, ein positiver Überhang bleibt unberücksichtigt. Sofern im Wesentlichen alle wert bestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft identisch sind, unterstellen wir einen vollständigen Wertausgleich hinsichtlich der gesicherten Risiken (Critical Term Match Methode). Die auf ungesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden unsaldiert nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen der zugrunde liegenden Geschäfte behandelt.

Grundlage jeder Bewertungseinheit ist eine Dokumentation u. a. unserer Sicherungsabsicht und Sicherungsziele sowie die Darlegung, dass die Sicherungsgeschäfte objektiv geeignet sind, den angestrebten Sicherungserfolg zu gewährleisten.

Bei der Bildung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB wurde folgender Posten einbezogen:

Posten	Betrag in €	Art der Bewertungseinheit	Gesichertes Risiko
Forderung gegenüber Kunden	15.400.846,96	Micro-Hedge	Wertänderungsrisiko

Mit den Bewertungseinheiten wurden Risiken mit einem Gesamtbetrag von 15.400.846,96 Euro abgesichert.

In der nachfolgenden Aufstellung ist dargestellt, warum und in welchem Umfang sich die gegenläufigen Wertänderungen künftig voraussichtlich ausgleichen. Der Zeitraum, in dem sich die gegenläufigen Wertänderungen oder Zahlungsströme künftig voraussichtlich ausgleichen, beginnt mit der Bildung der Bewertungseinheit und endet mit der Fälligkeit des Grundgeschäftes bzw. des Sicherungsgeschäftes.

Risiko		Grundgeschäft		Sicherungsinstrument		Art der Bewertungseinheit	Prospektive Effektivität
Art	Art	Betrag in Mio. €	Art	Betrag in Mio. €			
Wertänderungsrisiko							
Zins	Zinsänderungsrisiko	Festverzinsliches Darlehen	15,4	Swap	15,4	Micro Hedge	Critical Term Match

Aus der Bilanz nicht ersichtliche finanzielle Verpflichtungen

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u. a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf – RSGV – mit rund 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der West LB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt („Erste Abwicklungsanstalt“) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Anteils (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. Euro und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro zu übernehmen. Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. Euro als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro unverändert bleibt. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Gesamtverpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV (4,217 %). Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtungen im Jahresabschluss 2013 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten spätestens nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge von 15,785 Mio. Euro durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2013 3,1 Mio. Euro. Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

Die Sparkasse Neuss ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 01.03.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2013 betrug der Umlagesatz 4,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2014 unverändert. Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolgedessen erhebt die RZVK zusätzlich zur Umlage ein so genanntes – pauschales – Sanierungsgeld in Höhe von 3,5 % der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von 10 Jahren (plus 1 Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle 5 Jahre) überprüft. Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 % angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und verstetigter Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht worden ist. Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden z. Z. nicht erhoben. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2012 der RZVK werden die Leistungen zu etwa 25 % durch die erzielten Vermögenserträge finanziert. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 01. Juli eines Jahres um 1 % ihres Betrages erhöht.

Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betragen bei umlage- und sanierungsgeldpflichtigen Entgelten von 53,2 Mio. Euro im Jahr 2013 4,1 Mio. Euro.

Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründet die Mitgliedschaft in der RZVK im Hinblick auf Fragen des Jahresabschlusses eine mittelbare Pensionsverpflichtung. Die RZVK hat im Auftrag der Sparkassen auf Basis der Rechtsauffassung des IDW den Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen nach Maßgabe des IDW RS HFA 30 zum 31.12.2013 für Zwecke der Angaben nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB mit einem Betrag von 90,7 Mio. Euro ermittelt. Im Hinblick darauf, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbands I handelt, bleibt es für Zwecke dieser Ermittlung unberücksichtigt. Der Vermögensdeckungsgrad betrug nach Angaben im Geschäftsbericht 2012 der RZVK etwa 29,8 % (bei Ermittlung der Deckungsrückstellung nach den sich aus der Anlage 4 zum ATV-K ergebenden Vorgaben). Der Verpflichtungsumfang wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden, die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer jährlichen Rentensteigerung von 1 % ermittelt. Als Diskontierungszinssatz wurde der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i. V. m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte Wert zum 31.12.2013 verwendet.

Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:

a) für die Abschlussprüfungsleistungen	261.568,66 Euro
b) für andere Bestätigungsleistungen	52.117,87 Euro
<u>Gesamthonorar</u>	<u>313.686,53 Euro</u>

Verwaltungsrat

Vorsitzendes Mitglied	Stellvertreter des vorsitzenden Mitgliedes
Hans-Jürgen Petrauschke Landrat des Rhein-Kreises Neuss	1. Christian Paul Thywissen Pensionär 2. Dr. Gert Ammermann Oberkreisdirektor a.D.

Mitglieder	Stellvertreter
Christian Paul Thywissen Pensionär	Dr. Jörg Geerlings Rechtsanwalt
Dr. Gert Ammermann Oberkreisdirektor a. D.	Bertram Graf von Nesselrode Land- und Forstwirt
Franz-Josef Radmacher Studiendirektor (im Ruhestand)	Karl-Heinz Ehms Rentner
Rainer Thiel Geschäftsführer eines Kreisverbandes	Dieter Jüngerkes Rentner
Bijan Djir-Sarai Diplom-Kaufmann	Carsten Thiel Geschäftsführer
Dr. Heinrich Köppen Pensionär	Erhard Demmer Gesamtschuldirektor
Karl Heinz Baum Beamter im Ruhestand	Rolf Knipprath Rentner
Cornel Hüsche Rechtsanwalt	Stephanie Wellens Lektorin
Reiner Breuer Verbandsjurist	Hartmut Rohmer Direktor LKA a. D.
Gisela Hohlmann Diplom-Sozialpädagogin	Daniela Lakner Krankenschwester
Burkhard Hinzen Steuerberater	Ingeborg Arndt Rentnerin
Marc Venten (ab 19.07.2013, vorher Stellvertreter) Rechtsanwalt	Andreas Heidemann (ab 19.07.2013) Contracting Manager
Lars Christoph Rechtsanwalt	Thorsten Schmitter Rechtsanwalt
Udo Schillings Sparkassenangestellter	Stefan Düllberg Sparkassenangestellter
Günter Außem Sparkassenangestellter	Theo Ruiter Sparkassenangestellter
Martina Paintner Sparkassenangestellte	Thilo Dudzik Sparkassenangestellter
Werner Schiffer Sparkassenangestellter	Gabriele von Ameln-Faßbender Sparkassenangestellte
Reiner Iven Sparkassenangestellter	Andreas Jäger Sparkassenangestellter
Sandra Langen Sparkassenangestellte	Wolfgang Tesching Sparkassenangestellter
Josef Kollenbroich Sparkassenangestellter	Melanie Wich Sparkassenangestellte

An die Mitglieder des Verwaltungsrates, deren Stellvertreter sowie an die Mitglieder des Risikoausschusses und Hauptausschusses wurden im Geschäftsjahr Gesamtbezüge von 116.568,38 Euro gewährt. Die Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) betragen 2.624.703,36 Euro.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurde für ihre Tätigkeit in dem Aufsichtsgremium der Sparkasse einschl. seiner Ausschüsse (Hauptausschuss und Risikoausschuss) ein Sitzungsgeld von 358,00 Euro je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag. Außerdem erhalten die ordentlichen Mitglieder des Verwaltungsrates für die Tätigkeit im Verwaltungsrat bzw. Risikoausschuss jeweils einen Pauschalbetrag von 1.790,00 Euro p. a., wenn sie an mindestens der Hälfte aller Sitzungen teilgenommen haben; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag. In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2013 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder:

Name	Vorname	Bezüge in €
Dr. Ammermann	Gert	6.444,00
Arndt	Ingeborg	0,00
Außem	Günter	6.802,00
Baum	Karl Heinz	6.444,00
Breuer	Reiner	5.370,00
Christoph	Lars	6.802,00
Demmer	Erhard	0,00
Djir-Sarai	Bijan	2.864,00
Dudzik	Thilo	358,00
Düllberg	Stefan	0,00
Ehms	Karl-Heinz	0,00
Dr. Geerlings	Jörg	0,00
Graf von Nesselrode	Bertram	0,00
Paintner	Martina	2.864,00
Petrauschke	Hans-Jürgen	13.604,00
Radmacher	Franz-Josef	3.580,00
Rohmer	Hartmut	716,00
Ruiter	Theo	0,00
Schiffer	Werner	3.222,00
Schillings	Udo	6.802,00
Heidemann	Andreas	426,02

Name	Vorname	Bezüge in €
Hinzen	Burkhard	3.580,00
Hohlmann	Gisela	6.444,00
Hüsch	Cornel	6.086,00
Iven	Reiner	2.864,00
Jäger	Andreas	358,00
Jüngerkes	Dieter	0,00
Knipprath	Rolf	0,00
Kollenbroich	Josef	3.222,00
Dr. Köppen	Heinrich	3.580,00
Lakner	Daniela	0,00
Langen	Sandra	3.222,00
Schmitter	Thorsten	0,00
Tesching	Wolfgang	0,00
Thiel	Carsten	358,00
Thiel	Rainer	6.086,00
Thywissen	Christian Paul	6.802,00
Venten	Marc	7.668,36
von Ameln-Faßbender	Gabriele	0,00
Wellens	Stephanie	0,00
Wich	Melanie	0,00
	Insgesamt:	116.568,38

Vorstand

Vorsitzender	Mitglieder	Stellvertreter
Michael Schmuck	Heinz Mölder Dr. Volker Gärtner	Dietmar Mittelstädt

Mandate in Aufsichtsgremien:

Herr Schmuck ist als Mitglied des Aufsichtsrates der GVV Kommunalversicherung VVaG tätig.

Bezüge des Vorstandes

Den Mitgliedern des Vorstandes sowie dem Stellvertreter wurden im Geschäftsjahr Gesamtbezüge von 1.560.628,00 Euro gewährt. Vorschüsse und Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) betragen 980.624,20 Euro.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge von 1.876.147,03 Euro gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen von 21.909.521,00 Euro.

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstandes ist der vom Verwaltungsrat gebildete Hauptausschuss zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstandes bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %) kann den Mitgliedern des Vorstandes als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundgehaltes gewährt werden. Die Leistungszulage wird jährlich durch den Verwaltungsrat festgelegt. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind nicht enthalten. Abweichend für ein Vorstandsmitglied ist geregelt, dass die Allgemeine Zulage 30 % ausmacht, aber keine weitere Leistungszulage besteht. Auf die festen Gehaltsansprüche wird bei allen Vorstandsmitgliedern die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Vorstand	Grundgehalt und Allgemeine Zulage	Leistungszulage	Sonstige Vergütung	Gesamt- vergütung
	<i>in T€</i>	<i>in T€</i>	<i>in T€</i>	<i>in T€</i>
Michael Schmuck	407,2	34,7	14,0	455,9
Heinz Mölder	346,8	0,0	16,7	363,5
Dr. Volker Gärtner	370,1	31,6	23,7	425,4
Dietmar Mittelstädt	277,6	23,7	14,5	315,8
Summe	1.401,7	90,0	68,9	1.560,6

Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen. Diese wurden mit der pauschalen 1 %-Methode ermittelt.

Im Falle einer Nichtverlängerung der Dienstverträge haben Herr Schmuck, Herr Mölder, Herr Dr. Gärtner und Herr Mittelstädt Anspruch auf Zahlung eines Ruhegeldes, sofern die Nichtverlängerung nicht von Ihnen zu vertreten ist. Hinsichtlich des Ruhegeldes bestehen bei Nichtverlängerung des Vertrages folgende Regelungen:

Bei den Herren Schmuck und Dr. Gärtner

Wird der Vertrag im Zeitraum vom 01.07.2009 bis 30.06.2014 nicht verlängert, so sind als monatliches Ruhegeld 45 % der ruhegeldfähigen Bezüge zu zahlen. Im Zeitraum vom 01.07.2014 bis 30.06.2019 würde das Ruhegeld 50 % und ab 01.07.2019 55 % der ruhegeldfähigen Bezüge betragen.

Bei Herrn Mölder

Wird der Vertrag nicht verlängert, so sind als monatliches Ruhegeld 75 % der ruhegeldfähigen Bezüge zu zahlen.

Bei Herrn Mittelstädt

Wird der Vertrag von Herrn Mittelstädt nicht verlängert, so sind als monatliches Ruhegeld 55 % der ruhegeldfähigen Bezüge zu zahlen.

Ein Anspruch auf eine Abfindungszahlung besteht bei keinem Vorstandsmitglied.

Altersversorgung der Mitglieder des Vorstandes

Vorstand	Im Jahr 2013 der Pensionsrückstellung zugeführt in T€	Barwert der Pensionsansprüche per 31.12.2013 in T€
Michael Schmuck	226	2.184
Heinz Mölder	320	3.289
Dr. Volker Gärtner	179	1.844
Dietmar Mittelstädt	161	1.352
Summe	886	8.669

Die Altersversorgung beträgt maximal 75 % der festen Bezüge. Auf dieser Basis und unter der Annahme eines Eintritts in den Ruhestand mit Vollendung des 65. Lebensjahres wurde der Barwert der Pensionsansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet.

Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Die Dienstverträge der Vorstände der Sparkasse Neuss basieren auf den Musterempfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Vorstandes. Während für Herrn Mölder noch die Verbandsempfehlungen zu den Anstellungsbedingungen in der Fassung vom 01. Mai 1982 (alte Empfehlungen) gelten, basieren die Dienstverträge der Herren Schmuck, Dr. Gärtner und Mittelstädt auf der Verbandsempfehlung in der Fassung vom 18. September 1996. Aufgrund der unterschiedlichen Vertragsgrundlagen ergeben sich sowohl bei der Höhe der Bezüge wie auch bei den Barwerten der Pensionsrückstellungen Unterschiede.

Mitarbeiter / -innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	884
Teilzeit- und Ultimokräfte	<u>312</u>
	1.196
Auszubildende	<u>75</u>
Insgesamt	<u>1.271</u>

Neuss, den 25. März 2014

Sparkasse Neuss

Der Vorstand

Schmuck

Mölder

Dr. Gärtner

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse Neuss für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis 31.12.2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung - und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse.

Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 15. Mai 2014

Prüfungsstelle des	
Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes	
Bleck	Sager
Wirtschaftsprüfer	Verbandsprüfer